

forum

Fehler!

Ungültiger Wert gefunden.

Video chat
isn't available
on mobile.

OOOPs

Da hat etwas nicht geklappt!

Leider ist
ein Problem aufgetreten.

Leave
the meeting

Systemfehler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„... höööört Ihr mich? Kann man mich verstehen?“ Wem dieser Spruch und auch Teile des Titeldes bekannt vorkommen, befindet sich, wie so viele, im Homeoffice, in unserem Falle in einem digitalen Konstrukt namens „Distanzunterricht/-lernen“.

Seit nunmehr einem Jahr, ganz genau seit dem ersten bestätigten Coronafall in Deutschland in Heinsberg am 25.02.2020, hält uns das Virus im Würgegriff und lässt die Zeit sich anfühlen wie Kleister. Als Gewerkschaft haben wir die Aufgabe, nicht nur für unseren jeweiligen Bildungsbereich die Virus-Thematik im Blick zu haben, sondern immer zunächst auch die gesamtpolitische und gesellschaftliche Situation zu sehen: Der Lockdown fordert (unabhängig einer differenziert zu führenden Diskussion über seine Notwendigkeit) uns alle heraus - wirtschaftlich, sozial und auch kulturell. Gesundheitsschutz hat selbstverständlich oberste Priorität, aber als Bildungsschaffende dürfen uns, auch im Sinne der uns anvertrauten, meist sehr jungen Generation, die (bildungs-)politischen Maßnahmen und deren langfristige Folgen nicht kalt lassen.

Für den Berufsalltag im Bildungsbereich bedeutet die rasch erzwungene Digitalisierung mit mangelhaft ausgebauter Infrastruktur den täglichen Kampf mit der Technik, meist aufgrund fehlender Server-/Datenleistung, Aufweichung der Arbeitszeit durch vermeintlich permanente personelle Verfügbarkeit, dienstrechtliche Ignoranz gegenüber dem Datenschutz bei der Benutzung digitaler Plattformen, Einführung digitaler Klassenbücher durch die Hintertür und vieles mehr. Während die Gesellschaft über Impfdebakel und FFP2-Masken im öffentlichen Raum diskutiert, wird das Personal in den Kitas täglich dem Ansteckungsrisiko durch den direkten Kontakt mit vielen Kindern ausgesetzt. Schnelltests fehlen in Altenheimen und Bildungseinrichtungen. Und der Honorarbereich im Weiterbildungssektor steht, wie so oft, an hinterster Stelle der Beachtung. **Wir als Redaktion freuen uns, Eure Erfahrungsberichte und Meinungen über diese Themen in der nächsten Ausgabe zu lesen.**

Apropos Redaktion: Zwar ist das öffentliche Leben momentan festgefahren, aber Eure Kölner GEW hat sich wieder einmal bewegt und verändert - neben den Neuwahlen zum Geschäftsführenden Vorstand (Vorstellung hier in diesem Heft) - sind wir als „forum“-Redaktion auch alt/neu aufgestellt. An dieser Stelle möchten wir uns recht herzlich bei unserem scheidenden Redaktionsmitglied Heiner Brokhhausen bedanken, der seit Sommer 2018 unser Redaktionsteam unterstützte. Chefredakteur Guido Schönián zusammen mit den Redakteur*innen Ines Bartenstein, Jutta Jilg, Stefan Schüller-Breu und Christina Krautwurst (der als Neuling die Aufgabe angetragen wurde, diese editorialen Zeilen zu verfassen) geben sich hiermit die Ehre, für Euch da zu sein und im wahrsten Sinne des Wortes ein „Forum“ zu bieten. Wie bereits erwähnt lebt diese Zeitung durch Euch und für Euch, danke für Eure Beiträge.

Und so können wir mit dieser Ausgabe wieder eine thematisch reichhaltige und hoffentlich interessante Mischung anbieten: Neben Informationen des DGB zum Arbeitsschutz bezüglich des digitalen Arbeitsplatzes wird der Blick auf persönliche Erfahrungen mit Corona und Arbeitgeber erweitert. Wir gedenken der Corona-Opfer im Bildungswesen und zeigen Problematiken aktuell betroffener Personen auf. Die Corona-Situation bedingt jedoch auch eine traurige Premiere: Erstmals sind in diesem Heft keine Termine und Exkursionsberichte der „Aktiven GEW-Ruheständler“ zu finden - der Grund hierfür ist hinlänglich bekannt und liegt auf der Hand.

Doch auch ein Leben nach Corona ist möglich - hierzu sind schon jetzt die Ideen unseres Arbeitskreises Schulentwicklung aufgeführt und mitzudenken.

Besonders ans Herz legen möchten wir Euch die Online-Petition „SoWi bleibt“ - hier könnt Ihr direkt mittels QR-Code Eure Stimme abgeben, sofern dies noch nicht erfolgt ist.

Und direkt bildungspolitisch weiter geht es mit einem Beitrag zum TVöD 2020, aus dem entscheidende Handlungsschritte bezogen auf den Tarifkampf TV-L im September 2021 für die angestellten Lehrkräfte gewonnen werden können.

Im Bereich „Internationales“ blicken wir auf die Proteste der Unterrichtenden in Großbritannien und die Schulstudie in Österreich, beides im Hinblick auf Corona. Sozialpolitische Missstände begegnen uns in Chicago und im skandalösen Gewerkschaftsverbot in Jordanien.

Neben diesen ernstesten Themen möchten wir am Schluss aber mit einer hocheffektiven Nachricht enden: Wir begrüßen hier auf das Herzlichste die 410 neuen Mitglieder*innen der GEW Köln des letzten Jahres. Wir hoffen, so viele wie möglich von Euch auf der Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 14.04.2021, (digital) zu sehen. Die Einladung hierzu findet Ihr auf der Hefrückseite.

Und nun viel Spaß und eine gute Lektüre-Zeit mit unserem aktuellen Heft wünscht Euch die Redaktion!

forum 1-2021

KALENDERBLATT / IN KÜRZE	4
Gremien zum Mitmachen	5
TITELTHEMA	
Hilfe im Homeoffice	6
Gemeinsam stark... gegen Präsenzunterricht	7
Corona-Opfer im Bildungswesen	8
Kita und Corona	9
Interview mit Lehrerin, die an Corona erkrankt ist	10
Interview mit Schülerin, die vor dem Abi steht	11
AUS DEN GREMIEN	
GEW Köln wächst unvergleichlich	12
GEW Köln mit neuem Vorstand	14
Interview Arbeitskreis Offener Ganztagschule nach Corona	15
Online-Veranstaltung des AK Schulentwicklung	18
Rückblick TVöD, Ausblick TV-L	19
BILDUNGSPOLITIK	
Wirtschaft, Wirtschaft über alles?	20
GESELLSCHAFT	
„Wir wollen atmen!“	24
Geflüchtete	26
FFF	27
INTERNATIONALES	
„amazon“ macht ernst	28
Bildungsgewerkschaft verboten	30
Lehrkräfte in Chicago weigern sich	31
Corona-Schulstudie in Österreich	31
Einladung Mitgliederversammlung	32



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönián (verantwortl. Redakteur),
Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst,
Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Redaktionsschluss nächste

Ausgabe: Ausgabe 2/2021
Redaktionsschluss: 07.05.2021
Erscheinungstermin: 28.06.2021

forum-Hinweis:
Ihr könnt das forum auch als digitale Version per E-Mail beziehen, den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nach Erscheinen nutzen oder ganz abbestellen, wenn ihr nicht weiter daran interessiert seid. Bitte schickt einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de.



Beitragsbescheinigung herunterladen

Service für deine Steuererklärung

Alle Jahre wieder steht sie an: die Steuererklärung. Die Beiträge für die Mitgliedschaft in der GEW können steuerlich abgesetzt, also steuermindernd geltend gemacht, werden. Auch wenn inzwischen keine Belege mehr beigefügt werden müssen, muss man die Höhe der Beiträge in der Summe wissen und falls das Finanzamt stichprobenartig doch mal einen Beleg sehen möchte, besteht auch die Möglichkeit sich diesen auszudrucken.

Die Bestätigung über die Mitgliedsbeiträge, die du an die GEW gezahlt hast, gibt es jetzt online zum Herunterladen. Die Bescheinigung steht ein Jahr lang im Mitgliederbereich „Meine GEW“ des Hauptvorstands zum Download bereit.

HINWEIS: Es kann immer nur die aktuelle Beitragsbescheinigung für das vergangene Jahr heruntergeladen werden. Ältere Beitragsbescheinigungen können nicht heruntergeladen werden. Wir arbeiten aber an einer Lösung, auch ältere Beitragsbescheinigungen anzubieten. Bei Problemen hilft unsere zentrale Mitgliederverwaltung der GEW NRW in Essen gerne weiter (E-Mail: mitgliederverwaltung@gew-nrw.de). Weitere Informationen findest du auf der Seite: gew.de/beitragsbescheinigung

Normalerweise veröffentlichen wir unter „Kalenderblatt“ all unsere Termine der Fachgruppen-, Arbeitskreis- und Ausschuss-Treffen im Überblick. Da die Planung während der Corona-Pandemie allerdings sehr unsicher ist und Präsenztreffen nicht bzw. nur eingeschränkt möglich sind, verzichten wir an dieser Stelle auf genaue Terminangaben. Unsere Fachgruppen, Arbeitskreise und Ausschüsse treffen sich aber weiterhin häufig in Video-Online-Sitzungen. Wenn du Interesse hast, melde dich einfach bei den Kolleg*innen. Alle Ansprechpartner*innen findest du unter „Kontakte“.

Videositzung der FG Realschule: Am 09.03.2021 um 18 Uhr
Themen: **Wahl des Fachgruppenvorsitzes, Erfahrungsaustausch Distanzunterricht**

Das Treffen findet mit dem datenschutzsicheren Tool „BigBlueButton“ statt. Die Zugangsdaten werden euch per E-Mail mitgeteilt. Wir bitten daher um kurze Anmeldung an kontakt@gew-koeln.de.

„An alles gedacht? –

Wegweiser nicht nur für Ältere“

Nicht nur im Alter können die körperlichen und geistigen Kräfte eines Menschen schlagartig nachlassen, schlimmstenfalls kann es auch ein Sterbefall sein. Der einzelne und auch die Familie ist meist auf solche Fälle nicht vorbereitet. Die Angehörigen stehen dann von einem Tag auf den anderen vor Entscheidungen, die sie schnell und möglichst im Sinne der/des Betroffenen treffen sollen und müssen. Mit dieser Broschüre will die GEW behilflich sein, Ihre Angelegenheiten schon frühzeitig zu ordnen. Sie verschaffen sich so selbst einen Überblick über Ihre Verhältnisse, aber vor allem helfen Sie Ihren Angehörigen in einer meist leidvollen Situation kurzfristig die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die Broschüre umfasst Themen wie Vorsorge, Patientenverfügung, Testament und Hinterbliebenenversorgung und kann kostenlos über unsere GEW-Geschäftsstelle (kontakt@gew-koeln.de) bezogen werden.



- Unsere **Aktive Ruheständler*innen** sind besonders von der Situation betroffen. Die meisten der geplanten Führungen und Ausstellungsbesuche waren 2020 trotz eingeschränkter Teilnahmezahl nicht möglich und mussten abgesagt werden. Deshalb hat sich die Planungsgruppe unserer Aktiven Ruheständler*innen entschlossen, derzeit keine konkreten Termine anzubieten. Wir hoffen, dass sich dies bereits mit der Ausgabe 2/2021 des forums wieder ändert und neue oder Nachholtermine der ausgefallenen Veranstaltungen angeboten werden können. Zwei Infoveranstaltungen zum Thema ‚Ruhestand‘ haben wir aber bereits jetzt schon vorbereitet und hoffen, dass diese im Mai und Juni ganz normal als Präsenzveranstaltungen stattfinden können.

Wege in den Ruhestand

- für Angestellte - Arbeitszeit bis 66 oder 67?

Referent: Jürgen Gottmann

- **Nachfolgend aufgeführte Themen, Fragestellungen und Begriffe werden erläutert:** Rentenrechtliche Bestimmungen; Rentenwirksame Zeiten; Die verschiedenen Möglichkeiten einer Verrentung mit den verschiedenen Altersgrenzen; Teilrenten bzw. Flexirente; Lesen einer Rentenauskunft; Die verschiedenen Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn und ihre Wirkung; Erwerbsminderungsrenten; Die Zusatzversorgung VBL; Zuverdienstmöglichkeiten bei Teilrenten; Hinterbliebenenrenten; Verschiedene weitere Regelungen für angestellte Lehrkräfte (z. B. Altersentlastung, Vorgriffsstunde, Krankenkasse, Lohnfortzahlung)

Dienstag, 18. Mai 2021 von 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr

Die Teilnahme für GEW-Mitglieder ist kostenlos, Nichtmitglieder zahlen 10 Euro. Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de und ist nur nach erfolgter Anmeldebestätigung möglich. Der Veranstaltungsort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.

Wege in den Ruhestand

für Beamtinnen und Beamte

Referent: Jürgen Gottmann

- **Die Themen:** Die verschiedenen Möglichkeiten der Zuruhesetzung; Dienstfähigkeit und Dienstunfähigkeit, die amtsärztliche Untersuchung; Ruhegehaltswirksame Zeiten; Errechnung des Ruhegehaltes; Die verschiedenen Abschläge (bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen oder bei Schwerbehinderung); Wie wirken sich Beurlaubung, Teilzeit und Teilzeit im Blockmodell auf das Ruhegehalt aus?; Zuverdienstmöglichkeiten

Dienstag, 15. Juni 2021 von 16.30 Uhr bis 19 Uhr

Die Teilnahme für GEW-Mitglieder ist kostenlos, Nichtmitglieder zahlen 10 Euro. Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de und ist nur nach erfolgter Anmeldebestätigung möglich. Der Veranstaltungsort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Hannes Kuhlmann, hannes.kuhlmann@koeln.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Esther Trost, esthertröst@posteo.de

Sarah Karim, sarah.karim@uni-koeln.de

Ulrike Wesch, ulrikewesch@web.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, 154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Christina Krautwurst, merlot7@gmx.de

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster, julianguerster@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder, treder-silvia@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Anne Ratzki, annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net

www.gew-koeln.de



Gewerkschaften fordern mehr Arbeitsschutz im Homeoffice

Mobil arbeitende Beschäftigte haben zwar mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten, sind aber auch höheren Belastungen ausgesetzt. Das zeigt der Report 2020 des DGB-Index Gute Arbeit. // **DGB-Index „Gute Arbeit 2020“**

Überlange Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden pro Woche sind bei mobilen Beschäftigten zwei- bis dreimal so häufig wie bei denen, die nicht mobil arbeiten. Das geht aus dem DGB-Index Gute Arbeit 2020 hervor. Mobile Beschäftigte arbeiten zudem deutlich häufiger unbezahlt für ihren Arbeitgeber und müssen auch außerhalb der Arbeitszeit oft erreichbar sein. Den Angaben zufolge arbeitet mehr als ein Drittel (36 Prozent) der abhängig Beschäftigten in Deutschland mobil. Das Homeoffice ist nur eine Variante davon.

„Einmal mehr zeigt sich: Der Arbeits- und Gesundheitsschutz muss auch bei mobiler Arbeit gelten, damit Beschäftigte vor Entgrenzung, Überlastung und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen geschützt werden“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Reiner Hoffmann. In nur rund einem Drittel der Betriebe, die Homeoffice und mobile Arbeit anbieten, gebe es dazu Betriebsvereinbarungen. „Das geplante »Mobile-Arbeit-Gesetz« muss unbedingt um ein Mitbestimmungsrecht für die Einführung und Ausgestaltung von mobiler Arbeit erweitert werden.“

Einkommen wird negativer bewertet als 2019

Weitere Ergebnisse der aktuellen Auswertung: Ein Viertel der Beschäftigten, die von zu Hause aus arbeiten, gibt an, dass die erbrachte Arbeit gar nicht oder nur teilweise als Arbeitszeit angerechnet werde. Zwei Drittel der Befragten, die nicht im Homeoffice arbeiten, möchten dies auch gar nicht. Neben der Begründung, dass ihr Job nicht

„Das geplante »Mobile-Arbeit-Gesetz« muss unbedingt um ein Mitbestimmungsrecht für die Einführung und Ausgestaltung von mobiler Arbeit erweitert werden.“

Reiner Hoffmann,
Vorsitzender des DGB

„Was bedeutet die Corona-Krise für Bildungseinrichtungen?“

- Unter diesem Titel hat die GEW-Bund eine Liste mit Antworten auf Fragen etwa zu Kinder- und Notbetreuung, zum Impfen, zur Mitbestimmung, Arbeitsunfähigkeit etc. erstellt. Zu finden ist diese umfassende Sammlung unter <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/was-das-coronavirus-fuer-die-bildungseinrichtungen-bedeutet/>



für die Arbeit im Homeoffice geeignet sei, sind dabei vor allem der Wunsch nach Trennung von Arbeit und Privatleben sowie nach persönlichen Kontakten zu Kolleginnen und Kollegen ausschlaggebend.

Insgesamt bewerteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer derweil die Qualität ihrer Arbeit etwas besser als im Vorjahr. Insbesondere die Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit wird positiv wahrgenommen. Deutlich negativer werden das Einkommen und die Arbeitsbelastung bewertet.

Kein „Corona-Effekt“

Mit dem DGB-Index Gute Arbeit werden seit 2007 einmal im Jahr abhängig Beschäftigte zur Qualität ihrer Arbeitsbedingungen befragt. Von Januar bis Mai 2020 nahmen bundesweit mehr als 6.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen, Berufe, Einkommens- und Altersgruppen, Regionen und Betriebsgrößen teil. Die generelle Einschätzung der Arbeitsbedingungen durch die Beschäftigten änderte sich im Verlauf der Befragung nicht wesentlich, so dass sich in der Studie kein „Corona-Effekt“ zeigt.

Dieser Artikel erschien zuerst am 14. Dezember 2020 auf <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gewerkschaften-fordern-mehr-arbeitsschutz-im-homeoffice/>



Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat neben der GEW noch sieben weitere Einzelgewerkschaften als Mitglied. Insgesamt repräsentiert der DGB somit fast sechs Millionen Beschäftigte.

Britische Lehrgewerkschaften und eine breite Protestbewegung zwingen Premierminister Johnson zur Kehrtwende

Massen-Zoom-Call als Demonstrationsform von Beschäftigten an Schulen // **Ines Bartenstein, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Trotz einer sehr hohen Anzahl von Covid19-Infektionen und der raschen Ausbreitung der Mutation des Virus insbesondere in England hatten Boris Johnson und Gavin Williamson, der Bildungsminister, noch bis nach Weihnachten an der Öffnung der Schulen im Januar festgehalten. Sie sahen sich jedoch mit einer breiten Protestbewegung der Gewerkschaften von Lehrer*innen, Schulangestellten und Wissenschaftler*innen sowie von Politiker*innen aller Parteien konfrontiert.

Digitale Protestform mit Massenbeteiligung

Bereits vor Weihnachten war die Kritik an Williamsons Plänen immer vehementer geworden. Am 3. Januar nahmen dann 400.000 Menschen am Zoom-Call der „National Education Union“ (NEU) teil, die dazu aufrief, Schulen weiter geschlossen zu halten (#makeschoolsafe&protectcommunities). Die Gewerkschaft forderte Lehrkräfte und Beschäftigte in Schulen auf, zumindest in den ersten beiden Januarwochen nicht zur Schule zu gehen, außer zur Notbetreuung für Kinder von key workers und vulnerablen Kindern.

Juristisch legitimiert fühlte man sich durch Abschnitt 44 des britischen Arbeitsschutzgesetzes, das das Recht garantiert, die Arbeit unter gefährlichen, unsicheren Bedingungen verweigern zu dürfen. Johnson reagierte darauf zunächst salopp mit der Äußerung: „There is no doubt in my mind that schools are safe... The risk is very very small.“ (Sky news, 3.1.21).

Am 4. Januar gaben die sechs Gewerkschaften im Bildungssektor GMB, NAHT (Gewerkschaft der Schulleitungen), NASUWT, NEU, UNISON und Unite eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie sich für die weitere Schließung der Schulen und für eine umgehende Impfung aller Beschäftigten aussprachen. In dieser Erklärung nahmen sie Bezug auf Johnsons Äußerung, kritisierten das chaotische Management der Schulöffnungen durch das Bildungsministerium und dessen Missachtung des Expertengremiums SAGE, das die Regierung zu Covid19 berät.

Sechs brit. Gewerkschaften richteten sich gemeinsam gegen die ursprünglichen Regierungspläne zur Schulöffnung nach Weihnachten.

Premierminister contra Wissenschaft

SAGE und übrigens auch ONS (vergleichbar unserem Amt für Statistik) waren nämlich nach Auswertung der Datenlage zu dem Schluss gekommen, dass die Übertragungsraten des Virus vor allem bei Schüler*innen der Secondary schools (in etwa 12 bis 16 Jahre alt) in Phasen der Schulöffnung deutlich angestiegen, in Phasen der Schulschließungen dagegen deutlich gesunken war. SAGE hatte ausdrücklich davor gewarnt, die Schulen wieder zu öffnen.

Harsch kritisierten die Gewerkschaften die fehlenden Maßnahmen des Bildungsministeriums, die Beschäftigten vor der Infektion zu schützen. Ebenso monierten sie, dass die Regierung es immer noch nicht geschafft hat, Schulen und Schüler*innen digital so auszustatten, dass kein Kind während des Distanzlernens zurückbleibt.

Am 05.01. - mancherorts waren Schulkinder einen Tag in die Schule gegangen -



erklärte Boris Johnson dann bei der Bekanntmachung eines neuen harten Lockdowns, dass die Schulen bis auf weiteres geschlossen bleiben würden. Die NEU hat nach eigenen Angaben 16.000 neue Mitglieder gewonnen.

Quellen: BBC, Guardian online, Sky News, Gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften: <https://www.tuc.org.uk/news/education-unions-joint-statement-safe-reopening-schools>

Hintergrund: <https://www.socialistalternative.net/2021/01/04/education-workers-show-trade-union-action-gets-results-we-need-real-opposition/>





Ziemlich drastisch: Lehrkräfte in den USA fordern sichere Bedingungen bei der Rückkehr zum Präsenzunterricht.

Corona-Opfer im Bildungswesen

Im Zusammenhang mit Covid-19 steigt auch die Zahl der Todesfälle unter Lehrkräften und Erzieher*innen. Dem Robert-Koch-Institut (RKI) lag zu Beginn des neuen Jahres die Statistik seit März 2020 vor, nach der insgesamt 18 Verstorbene aus diesem Bereich kamen, allein im Dezember fünf Beschäftigte aus Bildungseinrichtungen. // **Jutta Jilg, Mitglied der „forum“-Redaktion und tätig in der Kölner GEW-Geschäftsstelle**

490 Personen mussten bereits seit Pandemiebeginn im Krankenhaus behandelt werden. Diese Zahl mag im Vergleich zur Gesamtzahl der in Deutschland Erkrankten und Verstorbenen niedrig erscheinen, so werden manche denken. Das RKI nannte Schulen allerdings ausdrücklich als Orte mit einem nennenswerten Ausbruchsgeschehen, wobei die Zahlen aufgrund fehlender Daten als Mindestangaben zu verstehen seien. „Für die übermittelten Covid-19-Fälle aus allen genannten Einrichtungen ist jedoch unbekannt, wie hoch der Anteil derer ist, die sich auch in dieser Einrichtung angesteckt haben.“, so die Aussage des RKI vom 04. Januar 2021.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf...

Bekannt wurde der Fall eines 37-jährigen Lehrers aus Berlin, der kurz vor Weihnachten ohne Vorerkrankung an den Folgen einer Corona-Infektion verstorben war. Gökhan Akgün, der Vorsitzende des GEW-Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, geht davon aus, dass sich der Kollege aller Wahrscheinlichkeit nach im Dienst angesteckt hat. Bereits in den Wochen zuvor zählte die Gemeinschaftsschule in Kreuzberg zu den Schulen, die in der Hauptstadt mit „Alarmstufe rot“, also der höchsten Corona-Warnstufe,

gekennzeichnet worden sind. Mehrere Schüler*innen und ein weiteres Mitglied des Kollegiums waren positiv auf Corona getestet worden. Die Bildungsverwaltung des Senats erklärte beharrlich, dass das Risiko einer Ansteckung an Schulen sehr gering sei. Die Senatsverwaltung als Arbeitgeber habe dafür Sorge zu tragen, dass Schüler*innen einen sicheren Lernort und Beschäftigte einen sicheren Arbeitsplatz haben, erklärte Akgün. Entsprechende Maßnahmen seien zu ergreifen und die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts für Schulen zu beachten. Diese sehen vor, ab einem Inzidenzwert von 50 Wechselunterricht mit kleineren Lerngruppen einzuführen, um Abstände in den Klassenräumen zu ermöglichen und Maskenpflicht bei allen Jahrgängen zu erlassen. Berlin wie auch alle anderen Bundesländer ignorieren aber weitestgehend die Empfehlungen des RKI.

Statistik hängt von der Statistikerin/dem Statistiker ab

Dieser Fall des verstorbenen Kollegen aus Berlin ist einer der 18 Todesfälle aus dem Bildungsbereich. Die vielen anderen Beschäftigten, die schwere Krankheitsverläufe erleben, tauchen in den Statistiken nur am Rande auf.

Was folgte, waren erst einmal die Weihnachtsferien mit starken Kontaktbeschrän-

kungen und ein erneuter Lockdown mit Verlängerung – derzeit bis Mitte Februar. Danach ist die Lage weiterhin unsicher. Mutationen des Covid-19-Virus haben Deutschland erreicht, die laut RKI auch unter Kindern und Jugendlichen wesentlich ansteckender wirken.

„Bund und Länder danken ausdrücklich Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und dem pädagogischen Personal in Schulen und in der Kindertagesbetreuung für die Bewältigung der großen Herausforderungen in der Pandemie. Ihr Arbeits- und Gesundheitsschutz hat hohe Priorität.“¹ Sehr bedauerlich, dass man in diesem Beschluss nicht den Superlativ für die Beschäftigten wählt.

Quellen:

<https://www.news4teachers.de/2020/12/imdienst-infiziert-robert-koch-daten-weisen-drei-verstorbene-lehrer-erzieher-aus-allein-in-dieser-woche-insgesamt-sind-es-jetzt-16/>, Stand: 01.02.2021.

<https://www.news4teachers.de/2021/01/ueber-den-jahreswechsel-rki-meldet-weiteren-an-corona-verstorbenen-lehrer-erzieher/>, Stand: 01.02.2021.

¹Beschluss vom 19.01.2021 der Video-Schaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, Punkt 5.

Foto: www.SocialistAlternative.org

Kitas in Coronazeiten

// **Nina Goerges, Rechtsberaterin GEW StV Köln**

**Kein „Weiter so!“
Kitas**

- Freiwillige, kostenfreie Coronatests sowie eine Gripeschutzimpfung für die Beschäftigten anbieten.
- Jede Kita braucht passgenaue und wirksame Hygienepläne.
- Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) für Kitas zum Infektionsschutz umsetzen.
- Risikogruppen von Betriebsmedizinern beraten lassen und im Einzelfall von der Arbeit in der Kita freistellen.

In den letzten Monaten wurde in den Medien regelmäßig über die Lage der Schulen in Coronazeiten berichtet. Wie ist hier die Infektionsgefahr für Schüler*innen und Lehrer*innen, wie können wir die Bildungsgerechtigkeit trotz Schulschließungen fördern und wie sieht es mit der digitalen Ausstattung in den Schulen aus? All diese Fragen wurden viel und intensiv diskutiert. Über die Lage in den Kindergärten hörten wir dagegen nur sehr wenig. Zu Recht? Spielt COVID-19 in den Kindergärten keine große Rolle, da die Kleinsten sowieso keine Verbreiter des Virus sind?

Eine neue Studie der AOK scheint diese Annahme zu widerlegen. Nach dieser Studie, die auf Basis einer Analyse der Arbeitsfähigkeitsdaten der AOK-Mitglieder beruht, haben die Beschäftigten in den Kitas ein besonders hohes Risiko an COVID-19 zu erkranken. Berufe in der Betreuung und Erziehung von Kindern waren von März bis Oktober 2020 am stärksten von Krankschreibungen im Zusammenhang mit COVID-19 betroffen. Demnach fehlten in diesem Zeitraum coronabedingt 2.672 Beschäftigte (je 100.000 AOK-Versicherte). Diese Zahl liegt mehr als das 2,2-fache über dem Durchschnittswert von 1.183 Betroffenen.

Die Pandemie ist also, ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit, auch in den Kindergärten angekommen. Was muss jetzt für die Beschäftigten in den Einrichtungen getan werden? Ein „weiter so“ oder ein „Augen zu und durch ...“ ist ganz bestimmt nicht die Lösung.

Zwar gibt es hier in NRW den Aufruf des Ministers, man möge bitte die Kinder nicht in die Einrichtungen schicken, entscheiden tun das aber immer noch die Eltern. Diese Wahlmöglichkeit wird in den vielen Einrichtungen in Köln (erwartungsgemäß) unterschiedlich wahrgenommen. Es gibt Kindergärten, die arbeiten zur Zeit nur mit einer Handvoll Kindern, andere Einrichtungen merken vom Lockdown nur wenig, die Gruppen sind fast so voll wie im normalen Regelbetrieb. Ob diese freiwillige Maßnahme hier also ausreicht,

um den erforderlichen Infektionsschutz für die Beschäftigten zu gewährleisten, kann angezweifelt werden.

Denn auch ein weiterer Umstand unterscheidet die Schule von den Kindergärten: Ein zweijähriges Kind mit Abstand und Maske trösten, das ist nur schwer vorstellbar. Immer wieder müssen (und wollen) die Beschäftigten auf die Bedürfnisse der Kinder reagieren, das geht, anders als bei älteren Kindern oder bei Jugendlichen, nicht mit Maske und Abstand. Zum Schutz der Beschäftigten müssen also weitere Maßnahmen vorgenommen werden.

Die GEW fordert deshalb für alle Kitabeschäftigten schon länger passgenaue und wirksame Hygienepläne für jede Kita, die Umsetzung der Empfehlungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung in den Kitas und eine bessere Teststrategie. Hier muss es ein einheitliches Testen nach den Vorgaben des RKI geben, mit klaren Quarantäne-Regelungen bei Verdachts- und bestätigten Corona-Fällen in den Kitas. Bei COVID-19 Fällen sollte es zusätzlich Schnelltests in den betroffenen Gruppen geben, da es gerade bei jüngeren Kindern nicht ausreicht, nur die Fälle zu testen, bei denen sich auch Symptome einer Erkrankung zeigen. Die Beschäftigten müssen außerdem in ihrer Arbeitszeit und bestenfalls direkt in der Kita getestet werden können.

Dieser Artikel wurde Mitte Januar geschrieben und ist beim Erscheinungstermin sicherlich nicht mehr aktuell. Wir möchten aber trotzdem auf die besondere Situation in den Kindergärten aufmerksam machen!

Quelle der Studie: <https://www.aok.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/erzieherinnen-und-betreuerinnen-erkranken-am-haeufigsten-an-corona/>

„Ich kann Euch nur raten: Vermeidet, Euch mit Corona anzustecken!“

Im Dezember letzten Jahres infizierte sich eine Kollegin mit dem Virus COVID-19. Über ihre körperlichen Symptome und die beruflichen Folgen, die das als Lehrerin für sie hatte, sprach mit ihr // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion.**

„forum“: Was dachtest Du, als Du die Diagnose „Corona positiv“ bekommen hast?

Kollegin: Ich war in diesen Moment so geschockt, dass ich mich erst einmal hinlegen musste, da mein kompletter Körper gezittert hat, und ich einen Moment brauchte, um darüber nachzudenken, was ich jetzt machen muss – also wen ich kontaktieren muss.



„forum“: Du bist noch unter 40 und gehörst keiner sogenannten Risikogruppe an. Magst Du kurz umreißen, wie es Dir ging? Wie war der Krankheitsverlauf bei Dir?

Kollegin: Die Symptome habe ich als eine verstärkte Form eines gripalen Infekts verspürt. Ich habe mich so erschöpft gefühlt, dass ich gar nicht in der Lage war, mich zum Essen hinzusetzen. Außerdem hatte ich sehr starke Kopf- und Gliederschmerzen. Neben den körperlichen Schwierigkeiten macht man sich natürlich Sorgen, ob man auch seine Familie angesteckt hat.

„forum“: Und heute? Bist Du wieder symptomfrei?

Kollegin: Die Symptome sind zwar schwächer geworden, aber ich fühle mich körperlich nicht fit. Immer wieder fühle ich Druck auf dem Brustbein, kann nur flach atmen.

„forum“: Abgesehen davon, dass Du krank warst, hat Dir Deine Schule darüber hinaus noch zusätzliche Probleme bereitet. Wor-um ging es da?

Kollegin: Nachdem ich die Diagnose erhalten habe, habe ich erst einmal die Klassenlisten rausgesucht und das Schulsekretariat informiert. Danach hat mich das Gesundheitsamt der Stadt angerufen.

Die Mitarbeiterin hat mir erklärt, welche Parameter gelten, damit ein Schüler oder eine Schülerin in Quarantäne kommt. Das Gesundheitsamt fragte mich ganz detailliert, wie und wann ich in dem Klassenzimmer gelüftet habe. Sofort bekam ich Angst, etwas falsch gemacht zu haben. Aber dann kam die Mitarbeiterin zu dem Schluss, dass nicht alle in Quarantäne müssen. Alle, bei denen ich FFP2- und nicht nur Alltagsmaske getragen hatte, konnten weiter zur Schule gehen. Das hat mich verunsichert.

„Ich hätte mir gewünscht, dass mein Arbeitgeber mir FFP2-Masken zur Verfügung stellt. Auch hätte ich mir gewünscht, dass die RKI-Vorgaben umgesetzt worden wären.“

„Nach meiner Corona-Diagnose sollte ich auch noch die Schüler*innen anrufen, die in Quarantäne mussten. Das habe ich dann abgelehnt.“

Nach diesem Telefonat sollte ich dann noch einmal mit der Schule die Schülerlisten abgleichen, um dann die entsprechende Liste zu erstellen. In der gleichen Zeit habe ich noch meine Kolleg*innen informiert. Die ganzen Telefonate haben mehrere Stunden dauert. Da die Schule die Kontaktnachverfolgung machen sollte, wurde ich dann noch gefragt, ob ich die Schüler*innen tele-

fonisch kontaktieren könnte. Ich hätte sie also anrufen sollen, um ihnen zu sagen, dass sie in Quarantäne müssen. Das habe ich abgelehnt, weil ich mich in dieser Situation wirklich von dieser Aufgabe überfordert gefühlt habe. Dies ist mir schwergefallen, weil ich wusste, dass die Schüler*innen dann von jemandem angerufen werden, den sie zum Teil nicht persönlich kennen und der genauso wenig in Krisenmanagement geschult ist.

„forum“: Welche Schlussfolgerungen ziehst Du für Dich und was kannst Du anderen Kolleg*innen vielleicht raten?

Kollegin: Ich hätte mir gewünscht, dass mein Arbeitgeber mir FFP2-Masken zur Verfügung gestellt hätte und auch hätte ich mir gewünscht, dass die RKI-Vorgaben umgesetzt worden wären. Die Klassen sind zu groß, um die Abstände vernünftig zu gewährleisten. Auch die Vorgaben zum Lüften waren keine Hilfe. Man hätte Lüftungsanlagen gebraucht, und braucht sie auch jetzt noch, da es ansonsten einfach zu kalt in den Klassenräumen wird. Auch die Unterrichtszeiten hätten geändert werden müssen, um draußen einmal durchatmen zu können. Außerdem sollte die Kontaktnachverfolgung nicht die Aufgabe der Schule sein. Darüber hinaus hätte ich mir den Einsatz von Schnelltests für alle gewünscht.

„forum“: Was sagst du abschließend zum Thema Impfen?

Kollegin: Ich freue mich darauf und würde mich gerne impfen lassen.

„forum“: Ganz herzlichen Dank, dass Du bereit warst, uns von Deinen Erfahrungen zu berichten! Alles, alles Gute dir!

Corona-Abi – Wie ergeht es eigentlich den Schüler*innen?

Das folgende Interview wurde mit einer Schülerin aus Köln gemacht, nachdem uns die Zusage erreichte, dass wir im forum auch der Perspektive der Schüler*innen mehr Beachtung schenken sollten. Der Name der Schülerin ist der Redaktion bekannt. // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der forum-Redaktion**

forum: Wer bist Du und was hast Du mit dem Bildungswesen zu tun?

Ich bin Schülerin an einer Gesamtschule, 19 Jahre alt und mache im Sommer Abitur. Corona hat mein Abiturjahr stark geprägt. Ich musste zweimal in dieser Zeit in Quarantäne und oft im Homeschooling arbeiten. Vor Corona habe ich auch persönlich Angst, da ich Asthmatikerin bin. Außerdem besuche ich regelmäßig meine Großeltern und will diese nicht anstecken.

Vor welchen Herausforderungen stehen die Schüler*innen Eures Jahrgangs zur Zeit?

Viele Schüler*innen haben aufgrund von Quarantäne Unterricht und Klausuren verpasst und müssen diese nachholen, was nicht immer leicht ist. Man muss den Stoff dann alleine nachholen und Nachschreibeklausuren liegen oft zeitlich eng beieinander. Es kann dann zu Zeitstress kommen. Die Unwissenheit vor der Zukunft belastet. Man kann nicht planen, reisen oder Bewerbungen planen. Berufsmessen fanden nicht statt, Bewerbungsgespräche werden verschoben, andere Infoveranstaltungen gibt es nicht. Ein Freiwilliges Soziales Jahr oder solche Dinge sind schwer zu organisieren und planen. Schwierig ist auch, dass man keinen Ausgleich durch Hobbys hat. Auch wer sich im Leistungssport engagiert, hat einen Trainingseinbruch und kommt dadurch nicht weiter. Nebenjobs sind weggefallen. Ich hatte einen Job, um Geld für eine Reise nach dem Abi sparen zu können, der ist weggefallen.

Gerade für die älteren Schüler*innen wird behauptet, dass sie sich leichter auf den Distanzunterricht einstellen können. Siehst Du das auch so?

Im Großen und Ganzen würde ich sagen, der Distanzunterricht hat ganz gut geklappt. Dies ist jedoch stark vom Fach abhängig, wo Deine Stärken liegen, kannst Du meist besser selber arbeiten. Aber Informationen im Kurs oder als Klasse zu erarbeiten, fällt weg, und damit ist es mehr Arbeit. Außerdem fehlt der Austausch. Man kann sich Sachen besser merken, wenn Du hörst, wie andere die Sa-



eigenes Zimmer/Büro, wo Du in Ruhe lernen kannst? Gibt es familiäre Probleme, die ablenken? Finanzielle Probleme in der Familie, hast Du ein gutes Verhältnis mit den Eltern und Geschwistern? Hast Du aufgrund der Pandemie Angst um Eltern, Freunde oder Großeltern? Dies sind viele Punkte, die darauf Einfluss nehmen, ob man im Distanzunterricht gut arbeiten kann und den Stoff auch behält. Aber es kommt ja nicht nur auf die äußeren Faktoren an, ob man sich gut konzentrieren kann. Beim Distanzlernen kommt es mehr auf Deine psychische Verfassung an. Die Schule ist auch oft ein Zufluchtsort vor Problemen, man hat Ablenkung von persönlichen Problemen. Kann sich schon durch die räumliche Distanz vom Privaten besser konzentrieren.

chen interpretiert haben. Aber ältere Schüler können sich den Tag oder das Lernen vielleicht schon besser einteilen, als jüngere, die sich vielleicht eher ablenken lassen durch Handy usw. Außerdem können ältere Schüler besser mit der Technik umgehen, wie PC, Drucker, iPad usw.

Sollten angesichts der von Dir geschilderten Situation, die Lehrer*innen die Abiprüfungen selber stellen?

Auf der einen Seite haben die Lehrer*innen vielleicht einen besseren Überblick, welche Themen im Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht nicht so gut bei den Schüler*innen angekommen sind, und können das so anpassen. Andererseits ist das auch viel Verantwortung für die Lehrer*innen und wäre kein Zentralabiprüfung mehr.

Hast Du Vorschläge, um die Schüler*innen bei Ihren Vorbereitungen zu unterstützen?

Viele Punkte sind wichtig, damit das Distanzlernen erfolgreich ist. Man braucht einen Zugang zum Computer, iPad und Drucker, da auf Dauer das Lesen von längeren Texten mit dem Handy einfach nicht funktioniert. Das Arbeitsumfeld muss stimmen. Da gibt es viel Fragen, wie z. B.: Musst Du auf Deine Geschwister aufpassen, damit Deine Eltern arbeiten gehen können? Hast Du ein

Es wurde schon häufig darüber diskutiert, inwiefern es für Jugendliche zumutbar ist, augenblicklich auf Partys und Ausgehen zu verzichten. Wirkt sich Eure veränderte Freizeitgestaltung auch auf Eure Lernsituation aus?

Auch wenn es sich vielleicht etwas seltsam anhört, aber Partys und vor allem das Treffen mit Freund*innen trägt dazu bei, mal abzuschalten, um dann wieder neue Motivation zu schöpfen. Es strukturiert auch die Woche in Freizeit und Arbeit. Man kann dann eine klare Linie zwischen Lernen und Freizeit ziehen. Zum Beispiel lerne ich am Samstag zwischen 13 bis 18 Uhr, dann treffe ich mich normalerweise bis 24 Uhr mit Freund*innen. Sonntag wieder lernen. Jetzt arbeite ich von 11 Uhr bis 13 Uhr im Online-schooling nach, mache eine Pause bis 15 Uhr, dann Essen und Ablenken, dann lerne ich, lenke mich wieder ab usw. Die Wochenenden sind wie Wochentage. Es gibt keine richtige Freizeit mehr. Manchmal vergesse ich, was für ein Wochentag ist.

Welche Wünsche hast Du für 2021?

Mein Abi zu schaffen mit den Ansprüchen, die ich selbst an mich habe. Und währenddessen nicht zu viel Angst vor schlechten Noten oder Überforderung zu bekommen. Sich bedenkenlos wieder mit Freunden treffen zu können, ohne schlechtes Gewissen.

Kölner GEW gewinnt 400 neue Mitglieder!

Bundesweit war die Zahl der Neueintritte in die GEW leider rückläufig. Im GEW-Stadtverband Köln verzeichnen wir hingegen einen kräftigen Zuwachs. Was bewegt Kolleg*innen dazu, sich der GEW anzuschließen? Drei Fragen von uns führten zu ganz unterschiedlichen Antworten. // **Christina Krautwurst und Jutta Jilg, Mitglieder der „forum“-Redaktion**

Und hier die Antworten

(Auswahl, zum Teil gekürzt):

Benedikt, 25, Referendar

1. Zum einen gibt es die Diensthaftpflicht- und Rechtsschutzversicherung, aber zum anderen ist es auch meine persönliche Überzeugung, dass sich die Arbeitnehmer*innen in einem so konstant überlasteten Berufsfeld wie dem der Lehrer*innen zusammenschließen müssen, um etwas zu bewegen. Es geht schließlich nicht nur um den Erhalt des Status quo sondern darum, die Arbeitssituationen zu verbessern. Dass ich mich dabei für die GEW entschieden habe, lag vor allem an meinen politischen Überzeugungen.

2. Von der GEW erwarte ich konkret, dass sie sich für die Rechte der Referendar*innen einsetzt und unsere Überlastung dokumentiert und dabei mithilft, die Ausbildungsbedingungen in Richtung eines Lernens zu verbessern.

3. Zukünftig sehe ich mich in der Rolle eines aktiveren Mitglieds, was mir zurzeit aufgrund des Stresses im Referendariat noch nicht möglich ist.

Alexandra, 25, Kita

1. Zunächst bin ich aufgrund von Arbeitsschutz und rechtlichen Beistand in die GEW eingetreten. In meinem Berufsfeld kann alles passieren und man benötigt dafür gewisse Sicherheiten, die man sich aus privater Tasche bei diesem Gehalt kaum leisten kann. In der aktuellen Corona-Situation fielen mir dann weitere Vorteile einer Gewerkschaft auf: Unser Berufsfeld benötigt dringend eine Lobby und Institutionen und Menschen, die sich für uns und unsere Interessen einsetzen. Wir arbeiten zurzeit in vollem Umfang, haben viele Kinder in den Einrichtungen und setzen uns täglich einem hohen Gesundheitsrisiko aus, werden aber von der Politik und der Gesellschaft im Stich gelassen bzw. gar nicht erst gesehen. Daher finde ich die Arbeit und die Mitgliedschaft in der GEW gerade in diesen Zeiten besonders wichtig.

2. Ich hoffe sehr, dass, wenn es die Politik schon nicht macht, sich wenigstens die Gewerkschaft für unseren Berufsstand (Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen etc.) einsetzt und für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Wir haben fast Regelbetrieb und merken keine Gegenleistungen dafür, während man auf soziale Kontakte im Privaten fast vollkommen verzichten muss.

3. Diese Fragen an die Mitglieder zeigen mir, dass man wenigstens hier gehört wird. Wir bräuchten viel mehr Arbeitnehmer*innen, die ihren Mund aufmachen und sich auch mal widersetzen oder zumindest auf sich aufmerksam machen. Der gesamte Berufsstand der sozialen Berufe wird viel zu häufig als selbstverständlich gesehen, schlecht bezahlt und erhält in der Gesellschaft und der Politik viel zu wenig Anerkennung. Wir leisten alle wunderbare, wertvolle und gesellschaftlich relevante Arbeit, werden aber mit einem sehr niedrigen Gehalt und wenig Chancen alleine gelassen. Ich hoffe daher sehr, dass ich mit meiner kleinen Stimme auch meinen Beitrag zu systematischen Veränderungen dieser Berufe beitragen kann.

Thomas, 52, Erwachsenenbildung

Ich bin aus verschiedenen Gründen Mitglied der GEW geworden. Als Kommunikationstrainer bei unterschiedlichen Sprachkursträgern in vom BAMF finanzierten Deutsch-Förder-Kursen habe ich im letzten Jahr schnell realisiert, dass auf uns Unternehmende im Zuge der Digitalisierung einige Veränderungen zukommen werden. Dazu kam noch die Tatsache, dass pandemiebedingt laufende Kurse unterbrochen wurden.

In meinem Fall weise ich die GEW auf die unterschiedlichsten Probleme in meinem Arbeitsbereich hin, die sich manchmal von den Problemen z. B. an einer öffentlichen Schule unterscheiden, und hoffe, dass die GEW trotzdem stets Augen und Ohren dafür hat und mich als einer unter vielen Betroffenen dabei unterstützt, ein Netzwerk aller hier vor Ort in meinem Bereich tätigen Menschen auszubauen.

Es geht um die Herausarbeitung eines nachhaltigeren Solidaritätspaktes, der unter Zuhilfenahme demokratischer Mittel daran arbeitet, gesellschaftsspaltende Prekariatsstrukturen zu entfernen. Sodass auf diese Weise auch demokratiefeindlichen Zeitgenoss*innen der Wind aus den Segeln genommen wird. Ein hehres Ziel unter dem schlichten Motto „You'll never walk alone.“

Justine, 28, Kita

1. Einer der Gründe war es, dass es Warnstreiks gab und ich immer gesagt habe, wenn ich nach dem Anerkennungsjahr besser dastehe, trete ich beim nächsten Streik ein. Zurzeit ist es finanziell immer noch schwierig, aber im Endeffekt zählte es für mich loyal zu sein. Ohne Mitglieder, die die Arbeit der Gewerkschaften unterstützen, wären wir heute niemals da, wo wir jetzt sind.

2. Ich würde mir mehr Nachwuchskräfte wünschen, politische Entscheidungen, die überdacht werden, wo auch mal reale Menschen eine Rolle spielen. Schön wäre es eigentlich, wenn es viel präsenter werden würde, was WIRKLICH in Kitas los ist. Denn in den Medien stehen immer nur hübsche Zahlen über Millionen, die für Kitausbau, flexiblere Betreuungszeiten oder Inklusion in die Hand genommen werden. Aber wo ist das Geld? Wo ist das Personal, das das alles möglich macht? Strukturen in der Führungsebene tun ihr Übriges. Meine Erwartung ist diesbezüglich ein Meinungsbild der Berufsgruppe nach außen hin zu vertreten.

3. Ich sehe mich als aktives Mitglied, welches auch an Diskussionen teilnimmt. Allerdings bin ich tatsächlich nicht gänzlich aufgeklärt, wann, wo und wie ich etwas bewegen kann. Ich brenne für Veränderungen. Der Streik ist natürlich eins der bekanntesten Mittel.



Unsere Fragen gingen an alle, die im vergangenen Jahr, dem „Corona-Jahr“, in Köln in die GEW eingetreten sind:

1. Was sind die Gründe gewesen, dass Du gerade jetzt in die GEW eingetreten bist?
2. Welche konkreten Erwartungen hast Du an die Kölner GEW und die Gewerkschaftsarbeit im Allgemeinen für Deinen Fachbereich/Arbeitsbereich?
3. Gewerkschaft sind wir alle: Wo siehst Du Deine Rolle/Beteiligung in der GEW, auch zukünftig?

Cassandra, 28, Hochschule und Forschung

1. Ich bin seit noch nicht allzu langer Zeit an der Hochschule angestellt und fand es nur richtig, der GEW beizutreten.

2. Ich wünsche mir, dass weiterhin gegen prekäre Arbeitsbedingungen gekämpft wird. Vor allem befristete Verträge führen zu massiver Unsicherheit und schlechter Work-Life-Balance. Genauso wünsche ich mir als Erstakademikerin, dass wir uns weiter für Chancengleichheit einsetzen.

3. Erst einmal will ich „nur“ Mitglied sein, da ich mich bereits intensiv im Verein „Erste Generation Promotion – EGP e. V.“ engagiere. Ich möchte mich aber in Zukunft mehr in meiner Fachgruppe einbringen!

Vivien, 27, Gymnasium

1. Ich habe im November mein Referendariat angetreten und mich für die GEW entschieden, weil die Gewerkschaft nicht schultypspezifisch ist, sondern übergreifend im gesamten Bildungssystem gearbeitet wird.

2. Ich wünsche mir im Fall der Fälle eine zuverlässige Rechtsberatung und im Zuge der aktuell erschreckenden politischen Pläne für das Fach Sozialwissenschaften in NRW, dass die GEW auch weiterhin informiert, unseren Standpunkt vertritt und laut wird für und mit uns.

3. Ich könnte mir vorstellen, mich im Rahmen der „jungeGEW NRW“ zu engagieren.

Lennart, 31, Gymnasium

1. Ich bin in die Gewerkschaft gegangen, weil ich nicht der Willkür meines Arbeitgebers ausgesetzt sein will und weil wir gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen sorgen können.

2. Ich erwarte von der GEW, dass sie sich für mehr Lehrkräfte und eine geringere Arbeitsbelastung einsetzt und mir bei Bedarf hilft, wenn ich vom Arbeitgeber schlecht behandelt werde. Ich finde außerdem, dass Lehrer*innen nicht fachfremd unterrichten sollten, wenn es eigentlich ausreichend Fachkolleg*innen für dieses Fach gäbe.

3. Ich sehe meine Rolle hauptsächlich darin, durch meine Mitgliedsbeiträge die Arbeit der aktiveren GEWler*innen zu ermöglichen.

Sonja, 46, Sonderpädagogische Berufe

Ich habe schon lange mit dem Gedanken gespielt, in die GEW einzutreten, weil die Belastung für Lehrer*innen ständig erhöht und kein Ausgleich geschaffen wird. Ohne regelmäßige Überstunden ist der Job nicht mehr zu schaffen.

In Coronazeiten müssen wir auch abends und am Wochenende Dienstmails lesen, spontane Videokonferenzen, freie Tage werden ausgehebelt, Ferientage gelten für Schüler*innen, aber nicht für Lehrer*innen, Betreuung von eigenen Kindern ist teilweise nicht mehr gesichert.

Von heute auf morgen sollen wir plötzlich Distanzlernen einrichten beziehungsweise Distanz- und Präsenzunterricht parallel durchführen. In diesen Zeiten brauchen wir jemanden, der unsere Interessen vertritt und die Arbeit machbar hält.

Ich wünsche mir, dass ich meine Arbeit innerhalb meiner Arbeitszeit schaffen kann. Momentan ist das nicht möglich. Daher wird sich mein Engagement auch auf meine Mitgliedschaft beschränken.

Saloua, 39, Hochschule und Forschung

Gewerkschaftliche Strukturen sind nicht nur richtig und wichtig, sondern müssen auch unterstützt werden. Sie bilden ein Sprachrohr für uns und unsere Belange.

Ich bin tatsächlich beigetreten, um mich zu informieren und würde mich aber auch gerne, wenn es passt, mit einbringen.

Ich komme aus dem wissenschaftlichen Mittelbau freue mich sehr eure Diskurse mitzuerleben, die rund um die Wissenschaft, pädagogische Praxis, Gendergerechtigkeit, Rassismuskritik sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit kreisen.

Iris, 45, Realschule

1. Gerade in der Phase von Home-Schooling ist mir klar geworden, wie wichtig es ist, sich zusammen zu tun, um etwas zu bewirken. Alleine wird man einfach nicht gehört.

2. Die GEW hat viele Erfahrungen, viele Erfolge erzielt. Sie verfügt über eine große Expertise.

3. Ich möchte mich gerne einbringen. Meine Themen sind Bildungsgerechtigkeit und damit auch die Förderung von Gesamtschulen.

Lars, 49, Sozialpädagogische Berufe

1. Gemeinsam sind wir stark. Die Kraft der Solidarität nutzen in herausfordernden Zeiten.

2. Beratung in rechtlichen Fragen.

3. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung derzeit nicht möglich.

Der neue Geschäftsführende Vorstand ab Dezember 2020

Am 9. und 10.12.2020 fand die Mitgliederöffentliche Stimmabstimmung der Wahl zum Geschäftsführenden Vorstand (GfV) des Stadtverbandes Köln der GEW statt. Unser GfV leitet die laufenden politischen und organisatorischen Geschäfte des Stadtverbands. Er legt einen Geschäftsverteilungsplan vor, führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und berichtet bei den Sitzungen des Erweiterten Vorstands über seine laufende Arbeit.

Der GfV besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern, wobei Tandemplätze belegt werden können. Die Referent*innen des GfVs werden für eine Amtszeit von zwei Jahren von den Mitgliedern des Stadtverbands Köln gewählt. Alle Details zu den Organisationsstrukturen des Stadtverbands Köln der GEW sind der Satzung sowie der Geschäfts- und Wahlordnung zu entnehmen, ebenso das genaue Wahlprotokoll mit allen Ergebnissen zu finden unter: www.gew-koeln.de.



Die elf Positionen des GfV werden nun wie folgt neu besetzt:

Ines Bartenstein/
Frauke Eilers
(Tandem)



Maria Backhaus/
Elke Hoheisel-Adejolu
(Tandem)



Julian Gürster



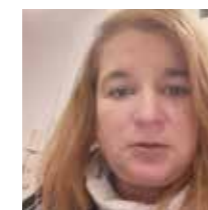
Berkan Kar/
Stefan Schüller
(Tandem)



Funda Göçer



Silke Knabel



Christina Krautwurst/
Katrin Reininghaus
(Tandem)



Guido Schönián



Ulla Hippe



Barbara Hünning



Sibel Adam

Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Alexandra Klöckener vom Ausschuss Offener Ganzttag // **Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion**

forum: Wieso bist Du in die GEW eingetreten?

ALEXANDRA: Die GEW habe ich dadurch kennengelernt, dass Hildegard Merten und Max-Georg Baier als Gäste in einer Betriebsversammlung unseres Trägers durch den Betriebsrat eingeladen waren. Mich hat es tief beeindruckt, dass sich da zwei Menschen für die Mitarbeiter*innen eines Bereichs engagiert haben, in dem sie selber gar nicht tätig waren. Da habe ich mir gesagt, „wenn die sich für uns einsetzen, dann müssen wir auch mitmachen und was tun!“. Das ist jetzt bestimmt über zehn Jahre her und der AK OGS hat sich zu einem festen Treffpunkt für OGS-Kräfte mit zahlreichen Aktivitäten entwickelt, dazu gehören Vorträge vor dem Rat der Stadt Köln und kommunalen Politiker*innen, ebenso wie Veröffentlichungen im „forum“.

Wo drückt der Schuh momentan bei den Kolleg*innen im Offenen Ganzttag?

Der Bereich OGS hat sich ja damals rasant entwickelt, wobei in erster Linie die steigende Anzahl der Plätze Priorität hatte und die Arbeitsbedingungen und pädagogischen

Konzepte erst viel später in den Fokus rückten. Heute liegt die Versorgungsquote in Köln bei über 80%. Eine unserer Kernforderungen ist noch immer eine Anlehnung der Bezahlung nach vergleichbarem Tarif TVÖD. Aber auch die Festlegung von Gruppengrößen und Personalschlüssel sind wichtige Standards, die immer noch fehlen. Wir erhoffen uns mit Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsplätze die Verankerung von Qualitätsstandards im Schulrecht. Im Moment wird aber zwischen Bund und Ländern eher über finanztechnische Details verhandelt.

Welche Arbeitsschwerpunkte hat der Ausschuss „Offener Ganzttag“ zur Zeit?

Der AK OGS kann natürlich im Moment nicht in den GEW-Räumen tagen. Der Kontakt läuft auch über Videokonferenzen weiter, aber der persönliche Kontakt fehlt natürlich. Da ist der Austausch enger, man lernt sich besser kennen. Es kommen auch immer wieder andere Kolleg*innen von verschiedenen Trägern. Wir hatten sogar schon Besuch von Kolleg*innen aus Aachen. Das zeigt, wie groß das Bedürfnis nach Austausch ist.



Auch arbeitsrechtliche Fragen werden immer wieder gestellt. Allerdings sind diese oft schwer zu klären, da man die Verträge oder Betriebsvereinbarungen der Träger nicht kennt.

Was sind Eure Forderungen an die Politik?

Unsere Hoffnung für die Zukunft sind einheitliche Bedingungen und eine Finanzierung, die Tariflöhne möglich macht. Auch der Ausbau der OGS durch stärkere Verzahnung, wie im Masterplan Grundschule angedacht, wäre eine gute Perspektive. Pädagogisch sinnvoll wäre es, aus unrentablen Halbtagsstellen vernünftige und sinnvolle Arbeitsstellen zu schaffen. Damit wir das gut machen können, was wir gerne machen: Kindern einen erfüllten Tag zu bereiten.

Das Leitungsteam des Ausschusses Offener Ganzttag (AS OGS) sucht dringend Unterstützung!

!

Wer sich für das Thema Offener Ganzttag engagieren möchte, kann sich sehr gerne bei Alexandra Klöckener (a.kloeckener@online.de) melden. Wir arbeiten in einer Tandemstruktur in der Leitung des AS OGS und suchen dringend Nachwuchs mit neuen Ideen und frischem Engagement in der Leitung unseres Ausschusses Offener Ganzttag. Die Leitung ist auch Mitglied im Erweiterten Vorstand der Kölner GEW.

Foto: Alexandra Klöckener

Schule nach Corona

Die Selektion aus dem System nehmen: 1. Schritt: Das Abschulen abschaffen // **Anne Ratzki**

Nach zwei Schuljahren ohne geregelten Unterricht, ohne Sitzenbleiben und Abschulen, aber Schuljahre mit viel Erfahrung im digitalen Lernen und zugleich mit sozialer Ungerechtigkeit: Wie wird die Schule nach Corona aussehen? Der Bundespräsident ruft zum Zusammenhalt auf, in der Gewerkschaft sagen wir dazu: Solidarität. Wir werden in unserer Gesellschaft viel Solidarität brauchen, um die persönlichen und wirtschaftlichen Wunden zu heilen, die Corona geschlagen hat.

Was bedeutet das für die Schule?

Im Corona-Frühling 2019 stellte die Gesamtschulstiftung beim Schulministerium den Antrag, im Schuljahr 2019/20 auf Sitzenbleiben und Abschulen zu verzichten¹. Mit Erfolg. Zu riskant waren dem Ministerium die rechtlichen Probleme, die sich aus dem Lockdown ergaben: Die Lehrkräfte waren unterschiedlich erfahren im digitalen Lehren, viele Schulen hatten kein WLAN, vielen Schüler*innen fehlten Endgeräte und die Kenntnisse, mit Email und Lernplattformen umzugehen.

Besonders benachteiligt waren Kinder aus armen Familien und Migrant*innen, deren Eltern nicht helfen konnten, deren Wohnungen zu eng waren und denen Endgeräte fehlten. Bis zu 40% der Schüler*innen waren für Lehrkräfte über Wochen nicht erreichbar.

Das Schuljahr 2020/21 ist ebenfalls kein „normales“ Schuljahr. Dieses Jahr werden Sitzenbleiben und damit Abschulen von Amts wegen ausgesetzt.

Was bedeutet das für die kommenden Schuljahre? Werden die Gymnasien und Realschulen dann ganz besonders „sieben“, um „ungeeignete“ Schüler*innen aus drei Jahrgängen loszuwerden? Oder haben dort Lehrkräfte erfahren, dass sich Kinder weiterentwickeln, dass sie Schüler*innen fördern konnten und diese dann einen guten Abschluss erreichten?

Unser Schulsystem heute ist selektiv, baut auf Trennung und Konkurrenz auf, statt auf Solidarität, benachteiligt systematisch

Kinder aus armen Familien und zugewanderten Familien. Untersuchungen der OECD und PISA haben das vielfach festgestellt.

Die erste Stufe der sozialen Ungerechtigkeit ist das Grundschulgutachten.

In diesem Zusammenhang ist die aktuelle Untersuchung der Grundschulgutachten von Abiturient*innen an Gesamtschulen interessant¹. 79% von ihnen hatte keine Grundschulempfehlung für das Gymnasium, bei Migrantenfamilien waren es sogar 89%. Die Grundschullehrkräfte hatten diesen Kindern kein Abitur zugetraut. Grundschulgutachten sind die erste Hürde im selektiven Schulsystem. Ihre Aussagekraft ist seit langem umstritten. Sie sind jedoch eine erste Demütigung der Kinder (und oft der Familien), die keine Empfehlung für das Gymnasium erhalten. (vgl. den ausführlichen Bericht im forum 4/2020)

Wer es in das Gymnasium geschafft hat, ist keineswegs sicher, dort seine Schullaufbahn bis zu einem Abschluss durchführen zu können. Nach der sog. Erprobungsstufe in 5/6 und auch in folgenden Jahren verlassen große Zahlen - in Köln sind das jährlich ca. 500 - das Gymnasium, um auf eine „niedrigere“ Schule überzugehen. Im gegliederten Schulsystem sind das Realschule oder Hauptschule, wobei die Realschule ihrerseits auch wieder Schüler*innen auf die Hauptschule abschult. Manche Schüler*innen trifft dieses Los gleich zweimal. Bemäntelt wird dieses Verfahren damit, Schüler*innen sollten es leichter haben. Tatsächlich trifft es in großer Zahl wieder die Kinder aus armen Familien, deren Eltern sich keine Nachhilfe leisten können, und Migrantenfamilien. Kinder aus der Mittel- und Oberschicht bleiben dann weitgehend unter sich. Hier wird die soziale Trennung, die mit den Grundschulgutachten begann, weiter verfestigt, zulasten von Kindern, die ihre Klassen und ihre vertraute Schulumgebung verlassen müssen und sich als „Versager“ in fremde Schulen und Klassen einfügen müssen.

Dazu kommt, dass sich das Gymnasium als Schulform beharrlich weigert, sich an den aktuellen gesellschaftlichen Problemen wie Inklusion und Integration angemessen

zu beteiligen. Es präsentiert sich Eltern als „problemfreie Schule“, während Realschule und vor allem die Hauptschule für diese Probleme zuständig sind. Im Konkurrenzsystem Schule die Gesamtschule für alle Probleme zuständig und dazu noch für die abgeschulten Schüler*innen des Gymnasiums.

Die vorher zitierte Untersuchung ergab auch, dass 47 Prozent der abgeschulten Gymnasiast*innen, die auf die Gesamtschule wechselten, dort das Abitur erreichten.

Nach Corona wird es das Gymnasium rechtfertigen müssen, zu den alten Verfahren zurückzukehren. Und die Politik wird sich rechtfertigen müssen: Mit welchem Recht gesteht sie wieder dem Gymnasium und auch den Realschulen zu, noch immer Kinder zu entmutigen und ihr Selbstbewusstsein zu beschädigen? Mit welchem Recht gesteht sie dem Gymnasium zu, sich von gesellschaftlichen Problemen weitgehend frei zu halten? Mit welchem Recht ge-

steht sie dem Gymnasium zu, die Spaltung der Gesellschaft zu verfestigen? Der Hinweis auf Leistung und Abitur ist hohl, denn die Gesamtschule leistet dasselbe, ohne Sitzenbleiben und Abschulung. Auch das Gymnasium kann alle Abschlüsse vergeben, es kann alle Schüler*innen, die es aufgenommen hat, so fördern und unterrichten, dass sie den jeweils besten Abschluss erreichen.

Der erste Schritt zu einer solidarischen Schul-Gesellschaft heißt deshalb: Abschulen abschaffen

Dann gäbe es zwei (mit Realschulen drei) Schulformen, die alle Kinder, die sie aufnehmen, behalten und zu ihrem besten Abschluss führen. Die vordemokratische Aufteilung in höhere und niedrigere Schulformen gehörten der feudalen Vergangenheit an, alle Schulformen wären gleichrangig.

Dann brauchen wir auch keine Grundschulgutachten mehr.

Schule nach Corona könnte so ein gemeinsamer sicherer Ort für Kinder aus unterschiedlichsten sozialen- und Bildungsmilieus werden. Sie muss zusammenführen, ausgleichen, entwickeln. Beziehungen sind wichtig.

Abschulen abschaffen ist ein großer Schritt zur einen Schule für alle, zu größerem sozialen Zusammenhalt statt sozialer Trennung.

Literaturhinweis:

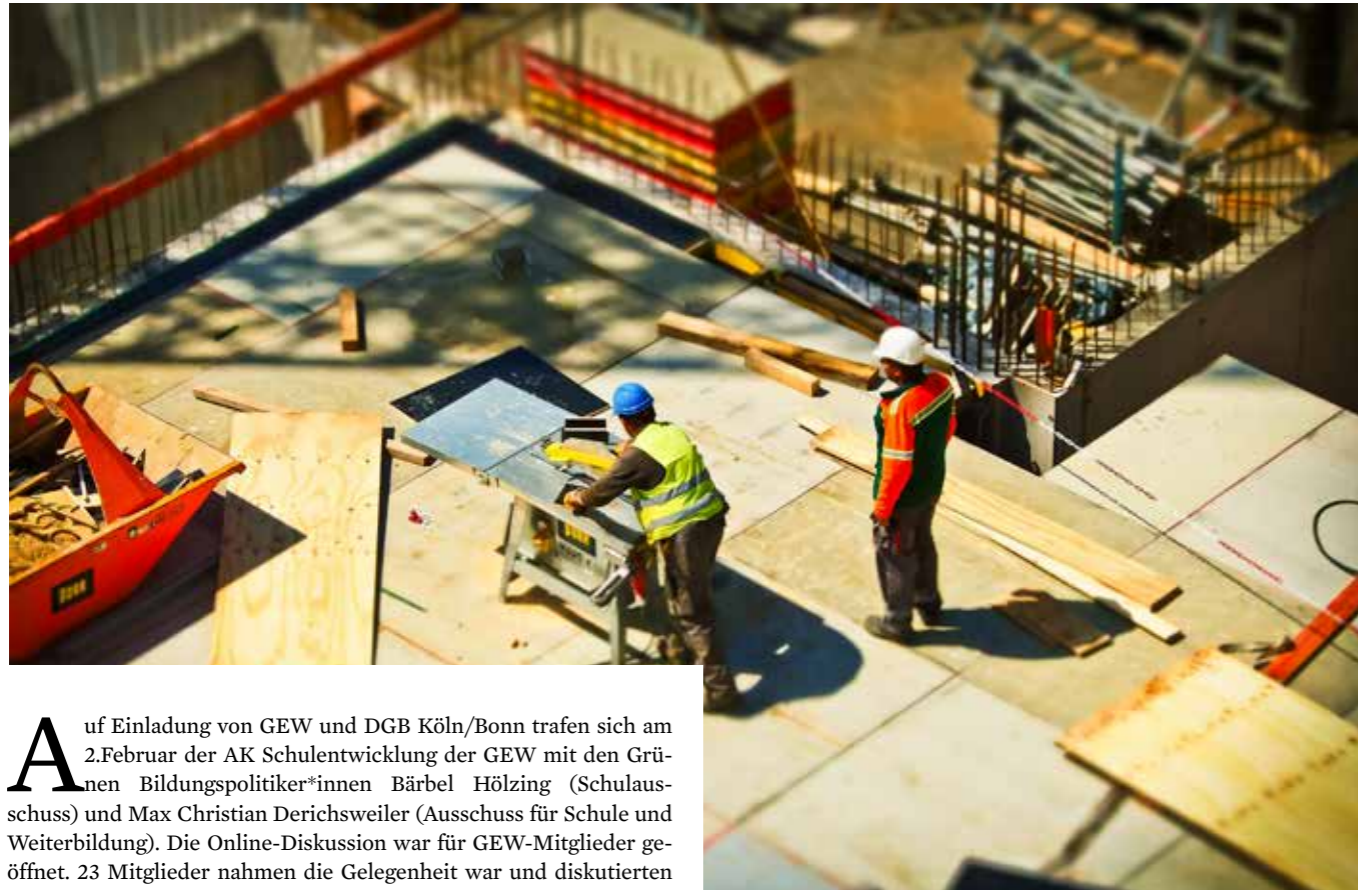
¹Rainer Dahlhaus, Achim Elvert, Werner Kerski, Erhard Schoppengerd: „Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen 2020. Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform“ in ISA (Integrierte Schulen aktuell) 4/2020

Besonders benachteiligt waren Kinder aus armen Familien und Migrant*innen, deren Eltern nicht helfen konnten, deren Wohnungen zu eng waren und denen Endgeräte fehlten. Bis zu 40% der Schüler*innen waren für Lehrkräfte über Wochen nicht erreichbar.



Bericht zur Online-Diskussion „Den Eltern und Schüler*innenwillen erst nehmen – mehr Gesamtschulen für Köln“

//Anne Ratzki, Klaus Minartz und Stefan Schüller (AK Schulentwicklung)



Auf Einladung von GEW und DGB Köln/Bonn trafen sich am 2. Februar der AK Schulentwicklung der GEW mit den Grünen Bildungspolitiker*innen Bärbel Hölzing (Schulabschluss) und Max Christian Derichsweiler (Ausschuss für Schule und Weiterbildung). Die Online-Diskussion war für GEW-Mitglieder geöffnet. 23 Mitglieder nahmen die Gelegenheit wahr und diskutierten mit.

Nach einer Begrüßung von Eva-Maria Zimmermann für die GEW Köln und Wittich Roßmann für den DGB Köln sprach Anne Ratzki in ihrem ersten Beitrag das Wahlprogramm der Grünen mit der Priorisierung der Gesamtschulen an. Sie wies auf den langjährigen Mangel an Gesamtschulplätzen in Köln und die ständig steigenden Ablehnungszahlen bis fast 1000 Kinder pro Jahr hin. Außerdem zeigte sie auch die versäumten Chancen vieler Kinder als Folge der „Zwangsanmeldung“ im sozial ungerechten gegliederten System (siehe Studie zu Grundschulgutachten von Abiturient*innen an Gesamtschulen, forum 4/2020) und die unzureichenden Möglichkeiten der Inklusion ohne weitere Gesamtschulen auf.

Klaus Minartz fragte nach der unverständlichen Entscheidung für ein 9. Gymnasium statt einer Gesamtschule in Lindental in der Zusestraße und das, obwohl im Gebäude der ehemaligen Internationalen Friedensschule ein neues Gymnasium Widdersdorf errichtet wurde. Es wurde auch der umstrittene Ratsbeschluss angesprochen, in Rondorf ein Gymnasium statt einer Gesamtschule zu errichten.

Die Antworten von Frau Hölzing und Herrn Derichsweiler gingen nicht auf Lindental ein, waren zu Rondorf nur sehr allgemein und betonten die Schwierigkeiten, geeignete Baugrundstücke zu bekommen. Frau Hölzing sprach jedoch auch davon, dass es nach dem Paket für Schulbauten von 2018 ein neues Schulbaupaket gebe. Sie verwies auf die neu gegründete Schulbau GmbH und die beschlossene Elternbefragung nach dem Schulformwunsch für 2021/22. Herr

Derichsweiler sprach vom Paket der Schulbauten als „eine Mammutaufgabe im Dauerlauf“.

Auf unsere Forderung, Realschulen zu einer Umwandlung in Gesamtschulen zu ermutigen – ihre stabile Zügigkeit verdanken sie vor allem den abgelehnten Gesamtschüler*innen, – schlug Frau Hölzing vor, neben Realschulen auch Gymnasien umzuwandeln. Sie sprach sich klar gegen das Abschulen aus. Zur Inklusion schlug sie vor, Gymnasien müssten bessere Rahmenbedingungen bekommen.

In der Diskussion mit den Teilnehmer*innen kamen viele gute Beiträge, u.a. zu einer Gesamtschule statt eines Gymnasiums in Rondorf, zum Kölner Süden mit dem Bauprojekt Parkstadt Süd, zum Platzmangel an Schulen und gegen eine neue Förderschule in Kreuzfeld.

Insgesamt gab es in der Theorie viele Überschneidungen bei den bildungspolitischen Zielen zwischen GEW Köln und den Grünen in Köln, allerdings zeigen konkrete Entscheidungen (wie z. B. in Lindental) auch, dass dem in der Praxis nicht immer gefolgt wird. Wir hoffen, dass die künftige Schulpolitik in Köln mit der Mehrheitsfraktion der Grünen durch die zeitnahe Errichtung von weiteren Gesamtschulen den Elternwillen endlich ernst nimmt, den sozialen Zusammenhalt stärkt und zur sozialen Gerechtigkeit in der Bildung beiträgt. Wir werden jedenfalls die Politik weiter mit unseren Forderungen konfrontieren und nicht locker lassen.

Tarifrunde TV-L im September: Was lernen wir aus dem TVöD-Tarifkampf 2020 und wie können wir der Arbeitgeberblockade begegnen?

2020 gab es mehrere Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Es hat sich ein Strategiewechsel auf Seiten der Arbeitgeber gezeigt. Was bedeutet dies für die Tarifverhandlungen der angestellten Lehrer*innen, die in diesem Jahr anstehen? // Julian Gürster, Mitglied des GfV und des Kölner GEW-Ausschuss für angestellte Lehrkräfte



Die Kampfbereitschaft war groß, das Ergebnis wäre sonst noch schlechter ausgefallen. Foto: www.vernetzung.org

TVöD-Abschluss: Punktuelle Erfolge und Reallohnkürzung

In vielen Bereichen, wie bei den Kitas oder der Stadtverwaltung, waren die Ergebnisse des Tarifkampfes enttäuschend. Diese anfängliche Feststellung mag hart klingen, aber sie gehört zu einer vollständigen Bewertung des Tarifkampf-Ergebnisses. Genauso gehören natürlich die vielbeachteten Verbesserungen für die Pflegekräfte zu diesem Bild: schrittweise Lohnerhöhung bis zu 120€ bei der Pflege und 54€ mehr beim Intensivpflegezuschlag.

Während diese berechtigten Zugeständnisse von den Krankenhausbeschäftigten hart erkämpft wurden, zeigt sich jedoch, dass andere Bereiche des TVöD außen vorgelassen wurden. Dies beginnt schon in den Krankenhäusern, wo die Berufsgruppen, die nicht zur Pflege gehören, von den Zuschlägen ausgeschlossen werden. Bei den Sparkassenbeschäftigten wurde die Zulage eingefroren und gekürzt. Die Flughäfen und der Öffentliche Nahverkehr stehen davor, aus dem TVöD ausgegliedert zu werden. Für alle gilt, dass die Ergebnisse erst im April 2021 wirksam werden und die lange Laufzeit mit äußerst geringen Lohnerhöhungen verbunden ist. In der Breite bedeutet das Reallohnkürzungen.

Arbeitgeberangriff in neuer Qualität

Unter dem Vorwand der Krise wollten die Arbeitgeber ursprünglich eine Laufzeit bis zu vier Jahren und damit faktisch eine Aussetzung des Rechts auf Tarifverhandlungen durchbringen. Das ist ein Angriff neuer Qualität. Die Kolleg*innen konnten dies verhindern. Die Arbeitgeber (das heißt in dem Fall die Bundesregierung in Person von Innenminister Seehofer) wollten außerdem große Bereiche aus dem TVöD herausreißen. Die Gewerkschaftsführung hat ihnen mit den Kürzungen bei den Sparkassen und der Zusage zu Verhandlungen über einen Notlagentarifvertrag bei den Flughäfen gefährliche Zugeständnisse gemacht. Die Arbeitgeber wollen nicht nur Lohnerhöhungen verhindern, sie greifen auch die Tarifverträge und unsere sozialen Errungenschaften an.

Mobilisierung der Kolleg*innen wirkt

Nach dieser Tarifrunde und angesichts der Haushaltslage, die durch Corona-Rettungsschirme stark zugespitzt ist und in der sich die „Schwarze Null“ wie eine Schlinge um den Hals der Beschäftigten legt, sehen wir, dass die

Arbeitgeber auf die Umverteilung unter den Kolleg*innen und ihre Spaltung setzen. Dieser Brutalität können wir nur mit einer massiven Gegenmobilisierung begegnen. Das dies auch Erfolg haben kann, erkennen wir daran, dass die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes es nicht geschafft haben, die Tätigkeitsmerkmale neu zu definieren, was eine Abstufung vieler Arbeitnehmer*innen bedeutet hätte.

Es ist außerdem nicht auszuschließen, dass auch im kommenden Jahr vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die Einschränkungen der Koalitions- und Versammlungsfreiheit von den Arbeitgebern genutzt werden, die Kampfkraft der Gewerkschaft zu schwächen. Im Gesundheitsbereich des TVöD-Tarifkampf hat sich dies schon jetzt gezeigt. Dort hatten ver.di-Kolleg*innen mit Behinderungsversuchen durch die Arbeitgeber zu kämpfen, die eine Notdienstvereinbarung kurz vor dem Streiktag kippten. Dennoch haben die Kolleg*innen im Öffentlichen Dienst mit 4.000 Streikenden an der Deutzer Werft bewiesen, dass ein gemeinsamer Kampf trotz der Einschränkungen möglich ist.

Mobilisierung im TV-L ausweiten, aber wie?

Eine weitere Lehre aus der sehr guten Mobilisierung im TVöD ist, dass die Kolleg*innen sich schon früh ausgetauscht haben: Wie ist die Lage in den Betrieben? Was brauchen wir? Was wollen wir erkämpfen? Lassen wir uns durch Corona einschränken? Diese Diskussion sollte auch die GEW so schnell wie möglich auf die Tagesordnung setzen. Denn auch in den Verhandlungen zum TV-L wird sich unter wahrscheinlich noch größerem Druck die Frage stellen: Wie antworten die Gewerkschaften auf die Angriffe der Arbeitgeber?

Wenn die Arbeitgeber also auf Spaltung setzen, um unsere Kampfkraft zu schwächen, muss die Gewerkschaft dagegenhalten. Wenn wir die Beamt*innen in den Tarifkampf miteinbeziehen, werden wir wirklich arbeitskampffähig. Es heißt also, so schnell wie möglich die Diskussion zu beginnen, welche Forderungen Angestellte und Beamt*innen vereinen.

SoWi muss bleiben!

Über die Notwendigkeit soziologischer Gesellschaftsanalyse für die Politikdidaktik // **Sascha Regier ist Mitglied der Kölner GEW und Lehrer für Sozialwissenschaften am Heinrich-Mann-Gymnasium in Köln-Chorweiler**

Geht es im Globalisierungsdiskurs um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wird das rohstoffarme Land inflationär als Bildungs- oder gar Wissensgesellschaft bezeichnet. Ob dies gerechtfertigt ist, soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter verfolgt, sondern danach gefragt werden, wie es aktuell um die gymnasiale politische Bildung in NRW aussieht. Gerade in den gegenwärtigen Krisenzeiten zeigt sich verstärkt, dass eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist. Ihre grundlegenden Werte müssen immer wieder aufs Neue verinnerlicht, potenzielle Bedrohungen dieser erkannt und zurückgedrängt werden.

Neben einer kritischen Öffentlichkeit (Medien, Kultur etc.) dient hierzu vor allem die politische Bildung. Sie ist in der Landesverfassung NRW explizit als Bildungsauftrag verankert, was vor allem durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur bedingt ist. Gegenwärtig erleben wir erneut eine Erosion der Zustimmungswerte zur Demokratie sowie wachsenden rechten Populismus und Extremismus in der Mitte der Gesellschaft.

Dagegen muss politische Bildung ankämpfen und sich verstärkt auf ihr Ziel der Ausbildung kritischen Demokratiebewusstseins, nicht Wirtschaftskompetenz konzentrieren! Schulische politische Bildung, im Folgenden als Politikdidaktik bezeichnet, soll Schüler*innen dazu befähigen und darin unterstützen, die eigenen Lebensbedingungen, gesellschaftlichen Verhältnisse und ökonomischen Strukturen zu begreifen und aktiv, im demokratischen und möglichst selbstbestimmten Sinne zu gestalten. Dies schließt nicht nur die Bewahrung der bestehenden Demokratie, sondern auch die potenzielle Demokratisierung weiterer Bereiche der Gesellschaft ein.

Krisen als didaktischer Lerngegenstand der politischen Bildung

Entgegen der hoffnungsvollen Versprechung eines „Endes der Geschichte“ (F. Fukuyama) und dem Einrichten im Zeitalter der Demokratie nach dem Ende des real existierenden Sozialismus 1989/90 haben sich diese Erwartungen als Illusion erwiesen. Die großen Erzählungen des gesellschaftlichen und politischen Fortschritts sind durch die Verwerfungen des real existierenden Kapitalismus zum Verstummen gekommen. Gegenwärtige Gesellschaften sind eher durch strukturelle Vielfachkrisen, Krisen in Permanenz, gekennzeichnet. Dies dürfte durch die Corona-Pandemie auch im globalen Norden nun nahezu jedem klar sein, der in den letzten beiden Jahrzehnten nicht bereits sensibilisiert wurde durch Krisen wie den 11. September, Hartz IV, zunehmende soziale Ungleichheit, Finanz- und Eurokrise, ökologische Krise, erstarkenden Rechtsextremismus etc.

Es zeigt sich bereits seit einiger Zeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht. Dagegen richtet sich zunehmendes politisches Engagement vor allem bei jüngeren Bürger*innen im Sinne von Klimaprotesten, Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, Geflüchteteninitiativen etc. In der Politikdidaktik sieht es diesbezüglich hingegen erstaunlich ruhig aus. Gegenwärtige Krisenerscheinungen, die in den Sozialwissenschaften Hochkonjunktur haben, werden kaum rezipiert. Dies ist fatal! Politikdidaktik zieht sich eher auf Methodenfetischismus und Kompetenzstandards zurück. Aber eine dynamische Welt in Umbrüchen lässt sich nicht in Standards pressen.

Gerade in Krisenzeiten muss die politische Bildung ihren Zeitkontext zur Kenntnis nehmen und auf ihre Ziele und Inhalte hin neu überdenken, sonst geht ihr der Gegenstand verloren, wird selbst Teil des Krisenphänomens. Politische Bildung im Allgemeinen und Politikdidaktik im Konkreten muss Menschen zur Teilnahme an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen befähigen. Hier setzt die Soziologie als eine der drei Bezugsdisziplinen des Schulfaches Sozialwissenschaften (Soziologie, Wirtschaft, Politik) an. Sie ist für die Thematisierung der gesellschaftlichen Krisen zentral, denn Soziologie ist ihrer Entstehungsgeschichte im

19. Jahrhundert und ihrem Selbstverständnis nach Krisenwissenschaft, die auf die Verwerfungen und Umbrüche kapitalistischer Modernisierung antwortete.

Marginalisierung der Soziologie in der Lehrer*innenausbildung

Trotz dieser wichtigen Aufgabe der Soziologie lässt sich jedoch jahrgangs- und bundeslandübergreifend feststellen, dass sie in den Curricula der sozialwissenschaftlichen Verbundfächer in der letzten Zeit weitgehend marginalisiert wurde. Formal wird in den Kernlehrplänen noch am Ansatz einer integrativen sozialwissenschaftlichen Bildung festgehalten, die genuin soziologische, als gesellschaftliche Perspektive wird dennoch verdrängt und lediglich auf Aspekte wie Rollentheorie, Wandel der Familie, soziale Ungleichheit (bei völliger Ausklammerung von Aspekten wie Intersektionalität!) und Wandel der Arbeit reduziert. Dass es bei der Soziologie eigentlich um Phänomene wie gesellschaftliche Macht, Ungleichheit und Desintegrationsprozesse geht, wird von der gängigen Politikdidaktik nicht vermittelt.

Hatte Soziologie durch den Einfluss der Kritischen Theorie noch in den 1970er Jahren eine zentrale Bedeutung, wird sie gegenwärtig durch die herrschende Konkurrenz der Teildisziplinen Ökonomie und Politik verdrängt und lediglich auf eine Zulieferfunktion für diese zurückgestutzt. Es nehmen vor allem Wirtschaftslobbygruppen vermehrt Einfluss auf die Inhalte der Politikdidaktik. Hier zeigt sich die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnis und die Dominanz neoliberaler Gesellschaftsgestaltung. Die Soziologie wird aber auch von Seiten der einflussreichsten Politikdidaktiker (P. Massing, G. Weißeno) bedroht, die gebetsmühlenartig betonen, dass die Politikwissenschaft innerhalb der Politikdidaktik die Leitdisziplin sei und sein müsste, die „eine gedankliche und begriffliche Ordnung in die Welt des Politischen bringt.“ (Weißeno)

Hier zeigt sich bereits das zentrale Manko der Mainstream-Politikdidaktik, die



<https://www.change.org/p/das-fach-sozialwissenschaften-darf-nicht-abgeschafft-werden-sowibleibt>



jede*r Lehramtsanwärter*in nahezu alternativlos präsentiert bekommt: Sie hat einen verkürzten Politikbegriff, der auf Politik im Sinne der staatlichen Institutionen beschränkt ist und auf die Konservierung, nicht die Demokratisierung gesellschaftlicher Ordnung abzielt. Just to remember: Die Politikwissenschaft wurde eigentlich im Zuge der Re-Education und Entnazifizierungsversuche der Alliierten durch die USA in Deutschland als Demokratiewissenschaft etabliert. Befremdlicherweise lässt die gegenwärtige Politikdidaktik eher an die alten konservativen Staatswissenschaften und die Staatsbürgerkunde des Kaiserreichs erinnern, statt als kritische Demokratiebildung zu fungieren und damit Anteil an Demokratisierung zu nehmen!

Gegenwärtige Entpolitisierung der politischen Bildung

Wegen ihrer Reduzierung auf Bildungsstandards und Kompetenzmodelle zeichnet sich die schulische politische Bildung durch eine zunehmende Entpolitisierung aus. Wir haben es mit einer paradoxen Situation zu tun: Die schulische politische Bildung verliert ihren Gegenstand, das Politische! Kompetenzorientierung wird aber didaktisch substanzlos, wenn politisches Wissen und Fähigkeiten nicht auf die politische Gestaltung gesellschaftlicher Gegenwarts- und Zukunftsfragen bezogen werden. Denn durch die Fokussierung auf individuelles Verhalten treten gesellschaftliche Strukturen in den

Hintergrund und sie analysiert nicht, welche Kräfte Demokratisierung befördern oder dieser entgegenwirken.

Politische Konflikte werden somit eher verdeckt. Soziologisch inspirierte Machtanalyse wird von den Diskurs der Politikdidaktik dominierenden Autor*innen fatalerweise als „unzulässige politische Positionierung“ delegitimiert (W. Sander). Politikdidaktik kreist sich dann aber um sich selbst und rühmt sich ihrer „Verwissenschaftlichung“ („Von der Ideologie zur Wissenschaft“, W. Sander). Diese Selbstbezüglichkeit führt zu einem Abkoppeln von den Diskursen ihrer sozialwissenschaftlichen Bezugswissenschaften. Inhalte und Gesellschaftstheorien treten dabei in den Hintergrund – Methoden, Kompetenzen und Bildungsstandards stehen im Zentrum. Hiervon muss sich die Politikdidaktik jedoch emanzipieren und über Grundsätze und didaktische Prinzipien wieder kontroverse Auseinandersetzungen führen.

Auch wenn ein scheinbarer Konsens darin zu bestehen scheint, dass Mündigkeit und Demokratiefähigkeit zentrale Ziele der Politikdidaktik darstellen, gehen die Ansichten je nach politischer Ausrichtung auseinander, wie weit diese Ziele reichen sollen. Hier zeigt sich auch, dass politische Bildung oder Wissenschaft nicht per se kritisch ist, wie dies Wolfgang Sander konstatiert, sondern immer verortet ist und war im Spannungsfeld von Affirmation und Kritik der politischen Ordnung und der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Es muss

deutlich gesagt werden: „Politische Bildung ist ein Kampfplatz“ (G. Mambour).

Verdrängung der Soziologie zugunsten der ökonomischen Bildung

Der gegenwärtig wirkmächtigste Angriff auf die Soziologie in der Politikdidaktik ist jedoch politischer Natur und besteht darin, dass das FDP geführte Schulministerium NRW als Zugeständnis an die Wirtschaftsverbände das Lehramtsstudienfach Sozialwissenschaften und damit auch das Fach Sozialwissenschaften für die gymnasiale Oberstufe endgültig beseitigen und durch das Fach Wirtschaft-Politik ersetzen will. Die Wirtschaftsverbände fordern bereits seit langem ein eigenständiges Fach Wirtschaft, das sich der lästigen soziologischen und politologischen Perspektive entledigt, wo es immer kritisch um Macht und Ungleichheit geht.

Das Schulministerium hat bereits ab dem Schuljahr 2019/20 das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft, das bis 2007 noch Politik hieß, an Gymnasien in der Sekundarstufe I in Wirtschaft-Politik (man beachte die Reihenfolge und die damit einhergehende inhaltliche Verschiebung und Gewichtung!) umbenannt. Diese Entscheidungen folgen machtpolitischen Interessen und nicht den gesellschaftlichen Lern- und Orientierungsbedürfnissen der Jugendlichen!

Laut Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) habe es „eine derart

Sozialwissenschaften?



Durch die Abschaffung des Integrationsfaches Sozialwissenschaften wird die sozioökonomische Bildung an den Schulen in NRW durch reine neoklassische Wirtschaftstheorie ersetzt, die jegliche Fragen über Macht, Ungerechtigkeit und Krisen in der Wirtschaft ausklammert.

parteiliche Färbung der Lehrpläne [...] unter keinem*r Bildungsminister*in gegeben.“ Durch die Abschaffung des Integrationsfaches Sozialwissenschaften wird die sozioökonomische Bildung an den Schulen in NRW durch reine neoklassische Wirtschaftstheorie ersetzt, die jegliche Fragen über Macht, Ungerechtigkeit und Krisen in der Wirtschaft ausklammert.

Zusätzlich will die Landesregierung NRW auch die Qualifizierung von Lehrkräften für Wirtschaft-Politik allen Ernstes durch Fortbildungsangebote der Deutschen Bank, Versicherungen, unternehmensnahen Stiftungen und dem Bundesverband deutscher Arbeitgeberverbände und dessen Netzwerk Schule-Wirtschaft durchführen lassen. Eine solche fatale Entscheidung wird zur weiteren Politikverdrossenheit und Verzweiflung an der „marktkonformen Demokratie“ (A. Merkel) führen, spiegelt sich doch hierin das, was Jacques Rancière und Colin Crouch als Postdemokratie bezeichnet haben, nämlich eine politische Realität, in der die Wirtschaft die Entscheidungsmacht hat und die Politik zu einem nachrangig ausführenden Organ degradiert wird.

Das Vertrauen von Jugendlichen, durch politisches Engagement etwas bewirken zu können, wird weiter beschädigt. Damit geht

die Politikdidaktik den Weg der schulischen Bildung im Allgemeinen und macht sich zur Gehilfin der Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft. Denn die Inhalte der Bildung sind keiner Idee von Bildung mehr verhaftet und reagieren lediglich passiv auf die wechselnden Anforderungen der Märkte.

Doch wahre Bildung kann nicht Ware Bildung sein! Oder um noch eine abgedroschene, aber richtige Phrase zu verwenden: Bildung wird somit zur Ausbildung (für die globalen Arbeitsmärkte). Davon zeugen die von der OECD lancierten Begriffe wie „Modularisierung“, „Qualitätsanalyse“ oder „Standardisierung“, was nicht überraschenderweise an den tayloristischen Produktionsprozess der Fließbandarbeit um die Jahrhundertwende denken lässt.

Über die Notwendigkeit der Soziologie für die politische Bildung

Soziologie gibt der Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst. Meine erste These besteht nun darin, dass die Soziologie als Bezugsdisziplin auf keinen Fall innerhalb der drei Integrationswissenschaften Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie marginalisiert werden darf, sondern in der politischen Bildung gestärkt werden

muss, um gegen die Gefährdung der Demokratie anzugehen.

Denn Soziologie hat „als einzige der sozialwissenschaftlichen Disziplinen den Bezug zu Problemen der Gesamtgesellschaft beibehalten“ (J. Habermas) Sie ist als Beobachtungs- und Reflexionswissenschaft für die Analyse der Eingebundenheit der Subjekte in gesellschaftliche Prozesse und die Entwicklung und Transformation von Herrschafts- und Machtverhältnissen, die die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit durchziehen, geradezu prädestiniert.

Die gegenwärtige Gefährdung der Demokratie muss durch die soziologische Brille analysiert werden und kann nicht im politikwissenschaftlichen Sinne auf einen engen Politikbegriff (politischen Institutionen) beschränkt bleiben. Diskurse über die Gefährdung der Demokratie haben in den Sozialwissenschaften Hochkonjunktur (Abbau der Demokratie durch eine neoliberale Gesellschaftstransformation, durch die Transformation zum autoritären Staat, durch den Einfluss der Wirtschaft, durch erstarkenden Rechtsextremismus etc.)

Die zweite hier vertretene These besteht darin, dass zum Einen in der Politikdidaktik und zum Anderen in den Lehrplänen das gegenwärtig zentrale Thema „Rechtsextremis-

mus“ nicht in seiner Dringlichkeit inhaltlich vorgesehen ist. Es mutet schon kurios an, wenn nach jedem rechtsextremen Anschlag Politiker*innen nach der politischen Bildung als „Feuerwehr“ rufen und durch die Medien verkündet, wie wichtig diese sei, um gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus vorzugehen, diese aber die ganzen letzten Jahre faktisch und politisch initiiert in der Schule abgebaut und/oder durch die Imperative der Wirtschaft verdrängt wurde.

Die Ergebnisse der Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen seit 2006 kontinuierlich, dass die politische und gesellschaftliche „Mitte“ nicht der Schutzraum der Demokratie ist, die von den Rändern links und rechts bedroht wird, sondern dass aus ihr ein großes antidemokratisches Potenzial erwächst. Doch diese Erkenntnis oder Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, scheint noch nicht in den verantwortlichen Ministerien und bei den Politikdidaktiker*innen angekommen zu sein, ganz zu schweigen davon, dass der Begriff des Rassismus dort gänzlich vermieden wird.

(Zur Erinnerung: Der oft, auch im Kernlehrplan 2007 verwendete Begriff der Fremdenfeindlichkeit nimmt die Perspektive der Täter*innen ein, denn die von Rassismus Be-

troffenen werden als Fremde gesehen, auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen und/oder Deutsche sind!) In den Lehrplänen und schulischen Politikbüchern wird bspw. unter dem Thema Politischer Extremismus in Deutschland explizit auf das äußerst umstrittene Extremismus-Modell Bezug genommen.

Dabei werden linke und rechte politische Bewegungen als „Verfassungsfeinde“ einer vermeintlich demokratischen „Mitte“ gegenüber- und damit implizit gleichgestellt, ohne eine wirkliche inhaltliche Differenzierung vorzunehmen. Rechtsextremismus ist weiterhin kein eigenständiges Thema und kann lediglich unter dem Inhaltsfeld „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ behandelt werden. Auch im Lehrplan von 2019 werden Rechts- und Linksextremismus wieder zusammen genannt. Damit treten aus der Perspektive einer soziologisch inspirierten politischen Bildung erhebliche Probleme auf: Erstens wird suggeriert, Demokratie werde lediglich von den „Extremen“ auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums bekämpft.

Nicht beachtet und dargestellt wird die Verbreitung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) in der politischen sowie sozialstrukturellen Mitte der Gesell-

schaft. Ein Ansatz, der gesellschaftliche Bedrohungen nur anhand der formalen Abweichung von einer gedachten verfassungstreuen Mitte zu erfassen versucht, hat jedoch der gesellschaftlichen Wirklichkeit von u. a. Rassismus und Antisemitismus wenig entgegenzusetzen.

Er verfügt über keine Ursachenanalyse derartiger Phänomene und bietet keinerlei pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Angesichts der Gefährdungen für die Demokratie, die sich aus dem Erstarken des Rechtsextremismus zunehmend abzeichnen, ist es nicht vertretbar, dass für die Aufklärung über Rechtsextremismus und Antisemitismus kein verpflichtendes eigenes Inhaltsfeld vorgesehen ist. Stattdessen sollen sich die Schüler*innen intensiv mit betriebswirtschaftlichen Fragen wie z.B. „Beschaffung, Produktion und Absatz im betrieblichen Handeln“ auseinandersetzen. Es zeigt sich: Machtinteressen obsiegen gegenüber demokratischer Dringlichkeit.

„Damit wir atmen können!“

Voraussichtlich im März dieses Jahres erscheint das Buch „Damit wir atmen können - Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr“. Mitherausgeberin ist Funda Göçer, Lehrerin an einer Kölner Gesamtschule und seit kurzem Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses (GfV) der GEW Köln. // **Mit ihr sprach Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wahl in den GfV! Was hat dich zur Mitarbeit in diesem für die Kölner GEW so wichtigen Gremium bewogen?

FUNDA GÖÇER (FG): Bereits während meines Lehramtstudiums in Köln habe ich festgestellt, wie wichtig die bildungspolitische Arbeit im Hinblick auf meinen Berufswunsch ist. Seit dem Referendariat bin ich Mitglied bei der GEW und profitiere von der Anteilnahme. Während meines Referendariats hatte ich zugegebenermaßen nicht die nötige Energie und die Zeit gehabt, mich als Referentin der Kölner GEW engagieren zu können.

Und dann gehörst du auch noch zu den Herausgeber*innen eines Buches, das in diesem Frühjahr erscheinen wird. Wie kam es zu dieser Sammlung von Beiträgen und welches Ziel verbindet ihr damit?

Das Sammelwerk ist tatsächlich eine weitere Folge zu unserem ersten Sammelband „Die haben gedacht, wir waren das - MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus“, welches im Jahr 2016 erschienen ist. In dem letzten Sammelwerk war unser Ziel, Autorinnen und Autoren mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zu bieten, ihre Perspektive auf den NSU-Komplex aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln aufzuschreiben.

Unser neuer Sammelband „Damit wir atmen können“ versteht sich als eine Sammlung von Beiträgen von ebenfalls Autor*innen mit Migrationshintergrund, die die Macht der Sprache nutzen, um aus unterschiedlichsten Blickwinkeln ihre Erfahrungen mit rassistischen Begegnungen zu äußern sowie Formen der Gegenwehr zu benennen. Die Stimmen haben ihren Ursprung

aus sehr persönlichen, aber auch politischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Sichtweisen. Dennoch verbindet alle ein wesentlicher Punkt: Dem Rassismus sowie der rassistischen Gewalt, die wir im Laufe der Jahre erlebt haben, einen Namen zu geben.

Mitte Januar dieses Jahres antwortete die bekannte Bildungsaktivistin Gloria Boateng in einem Radioninterview auf die Frage, wann sie als dunkelhäutiger Mensch zuletzt Rassismus erlebt hat: „Vorhin im Zug, auf der Fahrt hierher ins Studio“. Ein Zugbegleiter hatte sich nicht vorstellen können, dass sie ein Ticket für die Erste Klasse besitzt. Kannst du von ähnlichen Erfahrungen berichten?

Ich finde es schon rassistisch und beleidigend, wenn ich beispielsweise jemanden neu kennenlerne und wir uns auf einer Veranstaltung kurz unterhalten und diese Person dann nach meinem Namen fragt und feststellt, dass dieser seinen Erwartungen nicht entspricht: „Ach, ich dachte du kommst aus Deutschland. Woher kommst du denn eigentlich? Und ganz nebenbei, du sprichst ja auch gutes Deutsch.“ Dieses Phänomen habe ich schon mehrmals erlebt, jedoch schmunzle ich mittlerweile nur noch, anstatt zu hinterfragen. Zu dieser Frage gehe ich auch sehr persönlich in meinem Beitrag im Sammelband ein.

Warum verhalten Menschen sich rassistisch?

Selbstreflexion und Selbstwahrnehmung spielen dabei eine wesentliche Rolle. Rassistisch denkende Menschen entwickeln meiner Meinung nach Feindbilder gegenüber sozialen Gruppierungen. Andersartigkeit, d.h. all das, was von ihrer sozialen Norm abweicht, wird negativ deklariert. Die Ab-

weichung kann sich vom Aussehen bis hin zu Normen und Religionen ziehen. In der medialen Berichterstattung erkennen diese Menschen Muster wie die Verwicklung von Menschen mit Migrationshintergrund in Verbrechen oder andere Gewaltformen, die sie dankend annehmen und auf all jene Gruppierungen übertragen. Dabei fehlt diesen Menschen die kritische Selbstreflexion ihrer eigenen festen Gedanken und ihrer Vorurteile. Die rassistischen Haltungen sind wie in Stein gemeißelt.

Ist eine Gesellschaft ohne Rassismus überhaupt denkbar? Was müsste sich ändern?

Wenn die Art der Gesellschaft nicht denkbar wäre, würden wir nicht unsere Stimme erheben. Zum einen fängt die Veränderung immer bei einem Selbst – Stichwort Ego - an. Wir müssen unser Selbst mit Liebe, Respekt und Akzeptanz gegenüber dem Menschen - unabhängig von seiner Kultur, Religion oder Sprache, nähren. Solange diese essenziellen Werte von einem Selbst nicht beherzigt werden, wird es allerdings sehr schwierig. Zum anderen gibt es rassistisch motivierte Gruppierungen, die im Kollektiv die Macht und das Böse zum Ausdruck bringen.

Welchen Beitrag können Arbeitkolleg*innen, die Gewerkschaften und unsere GEW dazu leisten?

Für ein demokratisches und tolerantes Gemeinwesen können wir gemeinsam gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus unsere Stimme erheben und Räume für einen kollektiven Austausch schaffen. Man muss darüber reden. Auch das ist hinsichtlich einer diversitätsbewussten Bildung unsere Pflicht und nur so kann ein solidarisches Miteinander funktionieren.

Kemal Bozay / Serpil Güner /
Orhan Mangitay / Funda Göçer (Hg.)

DAMIT WIR ATMEN KÖNNEN

Migrantische Stimmen zu
Rassismus, rassistischer Gewalt
und Gegenwehr

PapyRossa

„Damit wir atmen können
– Migrantische Stimmen zu Rassismus,
rassistischer Gewalt und Gegenwehr“

Erscheinungsdatum: voraussichtlich
März 2021
Seiten: ca. 240
Verlag: PapyRossa
ISBN: 978-3-89438-748-8
Preis: 14,90 €

„racism isn't born, it's taught“ - Was fällt dir als Lehrerin dazu ein?

Tabula rasa – ein leeres Blatt. So kommt dein Selbst auf diese Welt, erkläre ich den Schülerinnen und Schülern aus der Jahrgangsstufe 5 im Fach Praktische Philosophie. Das leere Blatt füllt sich im Laufe der Sozialisation mit Erfahrungen, Eindrücken und Erlebnissen. Dabei sind einige Menschen in unserem Umfeld, wie die Familie und Freund*innen, essenziell. Daher kann ich diese Aussage bestätigen. Der Weg führt im Laufe der Zeit dahin, wenn die Empathiefähigkeit und die Fähigkeit sich selbst und andere Menschen zu lieben nachlässt und der Wille nach mehr Macht und Aufmerksamkeit dominiert.

Vielen Dank für das Gespräch, deinen persönlichen Einsatz und uns allen viel Kraft und Erfolg im Kampf für eine gleichberechtigte Gesellschaft!

„Für ein demokratisches und tolerantes Gemeinwesen können wir gemeinsam gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus unsere Stimme erheben und Räume für einen kollektiven Austausch schaffen.“

Im Folgenden
veröffentlichen
wir einen
Offenen Brief,
den die
GEW Köln
mit
unterzeichnete

Kölner Spendenkonvoi e.V., Schaffrathsgasse 21, 50829 Köln

An Herrn Bundesinnenminister Horst Seehofer

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Köln, den 5. Januar 2021

Offener Brief: Evakuierung des Flüchtlingslagers Lipa in Bosnien und Herzegowina

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

sehr geehrter Herr Seehofer,

die humanitäre Katastrophe an der EU-Außengrenze in Bosnien und Herzegowina hat mit den Entwicklungen der vergangenen Wochen vorläufig ihren traurigen Höhepunkt erreicht.

Der Brand im Flüchtlingslager Lipa vor Weihnachten hat die ohnehin prekäre Situation der Flüchtenden noch weiter zugespitzt. Nach wie vor wurde keine adäquate und winterfeste Unterbringung gefunden. Rund 1.000 Menschen leben nun im Winter in dem ehemaligen Camp Lipa ohne Obdach, ausreichend Lebensmittel, Kleidung und medizinische Versorgung – von den vielen Hundert Menschen in den Ruinen und Wäldern rund um die beiden Städten Bihać und Velika Kladuša ganz abgesehen.

Hinzu kommen die gut dokumentierten illegalen Push-Backs der kroatischen Polizei. Den Flüchtenden wird ihr Asylgesuch nach dem Grenzübertritt verweigert und das Recht auf einen Asylantrag genommen. Die damit oft einhergehenden Misshandlungen durch die kroatische Grenzpolizei widersprechen dem Kern der Europäischen Idee und verletzen die Menschenrechte der Flüchtenden.

Seit Juni 2019 gibt es das Städtebündnis *Sicherer Häfen*, welches auf Initiative der *Seebrücke* gegründet wurde. Mittlerweile sind über 200 Kommunen und Städte diesem Bündnis beigetreten. *Sichere Häfen* heißen geflüchtete Menschen in Not willkommen und erklären sich bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als ihnen durch die Verteilungsquoten für Flüchtende zugewiesen werden. Außerdem kämpfen sie für das Recht, selbst über die Aufnahme von Menschen entscheiden zu können. Gemeinsam bilden die *Sicheren Häfen* einen Gegenentwurf zur Abschottungspolitik der EU.

Auch die Stadt Köln gehört diesem Bündnis an und die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat sich wiederholt für die Aufnahme von Flüchtenden aus den griechischen Lagern und von aus Seenot geretteten Flüchtenden starkgemacht.

Wir wollen nicht wegschauen und uns nicht daran gewöhnen, dass die Werte der Europäischen Union verraten werden, dass der Bruch von europäischem Recht an den Außengrenzen zur Normalität wird.

Wir sind überzeugt, dass die Abschottungspolitik der EU der falsche Weg ist und das Leid der Flüchtenden stetig erhöht hat. Auch die Suche nach einer europäischen Lösung für die Verteilung von Menschen auf der Flucht ist vorerst gescheitert. Deshalb wollen wir ein starkes Zeichen für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration geflüchteter Menschen setzen.

Wir fordern Sie eindringlich dazu auf, die Unterbringung von Flüchtenden durch aufnahmebereite Kommunen zu ermöglichen und das Elendslager Lipa in Bosnien und Herzegowina zu evakuieren.

Die Kölner Zivilgesellschaft ist bereit, ihren Anteil zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Kölner Spendenkonvoi e.V., gemeinnütziger Verein



Aufruf von Fridays for Future #NOMOREEMPTYPROMISES – GLOBALER KLIMASTREIK AM 19. MÄRZ 2021

Vor fünf Jahren wurde das Pariser Klima-Abkommen unterzeichnet. Vor drei Jahren gelangte der alarmierende Bericht des IPCC an die Öffentlichkeit. Es ist zwei Jahre her, dass Millionen Jugendliche auf der ganzen Welt auf die Straße gingen, um für ihre Zukunft zu streiken. Wir wünschten, wir könnten sagen, dass sich die Dinge seither verbessert haben, dass die Welt gerettet und alles in Ordnung sei, aber das wäre eine Lüge. Die Klimakrise verschlimmert sich und nimmt verheerende Ausmaße an.

Wenn wir jetzt nicht handeln, werden unsere Zukunft und Gegenwart katastrophal. Deshalb streiken wir - für sofortiges und konsequentes Handeln in Zeiten der Krise. Für Klimagerechtigkeit. Weltweit und coronakonform am 19. März. Auch in Deiner Stadt!

Die Regierenden liefern weiterhin nur vage und leere Versprechungen - doch was wir brauchen, sind keine bedeutungslosen Zielvorhaben oder scheinheilige Netto-Null-Versprechen voller Schlupflöcher, sondern konkrete und sofortige Maßnahmen im Einklang mit der Wissenschaft. Unser CO₂-Budget geht zur Neige und damit auch all unsere Aussichten auf die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels. Die Klimakrise ist bereits Realität und wird immer gravierender. Wenn wir also die fatalen Szenarien vermeiden wollen, müssen wir endlich kurzfristige, konkrete und konsequente Klimaziele beschließen.

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung, der die Menschheit je gegenüberstand. [...] Deshalb streiken wir am 19. März erneut und vereinen unsere Kräfte - wir fordern die Staats- und Regierungschefs der Welt auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um katastrophale Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern und unsere Zukunft zu sichern. Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen überholte Vereinbarungen aufgeben, schnellstmöglich aus fossilen Brennstoffen aussteigen und auf einen gerechten Übergang hinarbeiten, mit einem tatsächlich nachhaltigen System, das in die planetarischen Grenzen passt. [...]

Also streike mit uns, weltweit und coronakonform am 19. März – auch in Deiner Stadt!

Auf Twitter, Facebook und Instagram (FFF Köln) wird der konkrete Verlauf des Klimastreiktages in Köln mitgeteilt werden.

<https://fridaysforfuture.de/here-we-go-again-globaler-klimastreik-am-19-3/>



Das Imperium schlägt zurück ...

Trump ist weg und viele seiner Dekrete sind von Joe Biden, seinem Amtsnachfolger, bereits wieder rückgängig gemacht worden. Doch wer Armut wirklich bekämpfen, die Gesundheitsversorgung spürbar verbessern oder sozialen Wohnungsbau vorantreiben will, der kommt früher oder später den multinational operierenden Konzernen ins Gehege. Und deren Profite bleiben sakrosankt – mag der Eingriff noch so gering, die Zielsetzung noch so sozial und der Präsident wieder ein „Demokrat“ sein! // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Nehmen wir uns die Metropole Seattle als Beispiel. Mit rund 700.000 Einwohner*innen zählt sie zu den 20 größten Städten in den USA und ist Sitz so bekannter Großkonzerne wie Boeing, Starbucks und amazon. Im November 2013 gelang es Kshama Sawant mit einer breit angelegten „grassroots“-Kampagne, dort als erste Sozialistin seit 1877 in die city hall, den Stadtrat der größten Stadt im Nordwesten der USA, einzuziehen. Das war ein Paukenschlag!

Das Besondere war nicht nur, dass sie sich gegen ihren langjährigen Amtsvorgänger von den „Demokraten“ durchsetzen konnte. Sie hatte dies auch noch geschafft, indem sie – bei breiter Unterstützung aus ihrem Wahlkreis – offen mit einem sozialistischem Programm angetreten war. 2016 war im „forum“ (Ausgabe 3, S. 28-30) ein Interview anlässlich der Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders mit ihr zu lesen.

Mindestlohn verdoppelt, „Columbustag“ abgeschafft und Waffen verboten ...

Da Sawant nun eine von insgesamt neun Stadträt*innen ist, die ungefähr so viele Befugnisse haben wie die Dezernent*innen in deutschen Kommunalverwaltungen,

hat sich in Seattle seither einiges geändert. Der Hauptgrund für ihre Durchschlagskraft ist jedoch im strategischen Ansatz zu suchen, den Sawant verfolgt: Ihre politischen Zielsetzungen als Stadträtin resultieren aus Versammlungen, zu denen sie die Bewohner*innen einlädt. Diese legen ihrerseits dann ein hohes Maß an politischer Aktivität an den Tag, um Forderungen wie „15 Dollar minimum wage – now!“ (Verdopplung des gesetzlichen Mindestlohns von bis dato 7,50 \$) durchzusetzen. Denn dazu braucht es nicht allein die Mehrheit im Stadtrat, sondern vor allem den Druck aus der Stadtgesellschaft.

Mit Basis-Bewegungen zu bahnbrechenden Beschlüssen

So wurden Initiativen ergriffen und entsprechende Bewegungen aufgebaut, um darüber dann Beschlüsse im Stadtrat herbeizuführen wie:

Anhebung des Mindestlohns auf 15 Dollar/Stunde im April 2014

„Das ist ein wirklich historischer Erfolg für die Arbeitnehmerschaft in Seattle, den USA und international. Die Kampagne für den 15-Dollar-Mindestlohn nimmt nun auch in

Minneapolis, Philadelphia und Los Angeles an Fahrt auf ...“, äußerte Sawant gegenüber der britischen Tageszeitung „The Guardian“, 1.5.2015

Umbenennung des „Columbustag“ in „Tag der indigenen Bevölkerung“

„Es geht darum, Position zu beziehen gegen Rassismus und Diskriminierung ...“, so Sawant im Oktober 2014 gegenüber der Zeitung „Seattle Times“.

„Verbot von Zwangsräumungen in Wintermonaten“ (Vorlage)

„Im Winter kommt eine Zwangsräumung einem Todesurteil gleich ...“, sagte Sawant am 11.3.2020 dem Stadtmagazin „The Stranger“.

Verbot von „crowd control weapons“ (Gummigeschosse, Tränengas, Blendgranaten etc.) bei Demonstrationen in Seattle

„Viele von uns haben es selbst gesehen, viele haben es am eigenen Leib erleben müssen: Die Polizei hat gezeigt, dass man ihr solche Waffen nicht zur Verfügung stellen darf ...“, erklärte Sawant am 16.6.20 gegenüber fox-13news.

Fotos: www.socialistalternative.org

Zweimalige Wiederwahl

2015 wurde Kshama Sawant mit 12 Prozent Vorsprung vor ihrer Gegenkandidatin wiedergewählt. Letztere erhielt (auch massive finanzielle) Unterstützung von Konzernvorständen, der Handelskammer und der lokalen Immobilienlobby, dem Amazon-Konzern und sogar von einigen republikanischen Millionären. Demgegenüber standen über 600 Freiwillige, mehr als 30 Gewerkschaftsgliederungen und Dutzende progressive Organisationen hinter Sawants Wahlkampagne.

2019 kam es zur erneuten Wiederwahl mit 22.263 von rd. 43.000 abgegebenen Stimmen (~ 51,8 Prozent). Diesmal hatten der Amazon-Chef Jeff Bezos, die Konzerne und die politische Rechte versucht, den Stadtrat von Seattle regelrecht zu kaufen. Sie steckten Millionen an Spendengeldern wohlgermerkt (!) in den Kommunalwahlkampf, um in der ganzen Stadt die ihnen wohlgesonnenen Kandidat*innen zu unterstützen.

Jetzt geht es vor Gericht

Nachdem die Initiative zur Einführung einer Sondersteuer für die 500 größten Konzerne Seattles in Angriff genommen wurde, war das Maß voll. Die Reichen und Superreichen der Stadt haben vielleicht nichts dagegen, dass dauerhaft bezahlbarer sozialer Wohnungsbau betrieben wird, aber nicht mit ihrem Geld.

Worum geht es? - Erneut war eine breite Bewegung auf die Beine gestellt worden. Und erneut hat diese zu einem Beschluss im Stadtrat geführt: Die sogenannte „amazon tax“ soll der Stadtkasse jährlich 210 bis 240 Millionen Dollar bis 240 Millionen Dollar an zusätzlichen Einnahmen beschere. Diese Summe (zwei Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren) ist zweckgebunden, dient der Errichtung sozialen Wohnraums und der Finanzierung eines „Green New Deal“, wodurch zehntausende tarifgebundene Arbeitsplätze im Bereich der nachhaltigen Entwicklung entstehen.

Und weil „die da oben“ sich das nicht bieten lassen wollen, ziehen sie nun die Karte, Kshama Sawant über die Gerichte des Amtes entheben lassen zu wollen. Der Hauptvorwurf, an dem das Verfahren aufgehoben wird, lautet: Sawant habe „gesetzloses Verhalten“ befürwortet, da sie sich an der „Black Lives Matter“-Bewegung beteiligt habe.

Weitere Informationen auf den Seiten der „Kshama-Solidaritätskampagne“: www.kshamasolidarity.org



Kshama Sawant beim Streik der Lehrgewerkschaft von Seattle im Sommer 2019

Aus der Selbstdarstellung von Kshama Sawant

www.seattle.gov/council/sawant/

Kshama Sawant ist nicht der Karriere wegen in die Politik gegangen. Im Stadtrat will sie den Arbeitnehmer*innen, den jungen Leuten, den Unterdrückten und denen, die sonst nicht gehört werden, eine Stimme geben.

Von ihren Bezügen als Ratsmitglied (2014 waren es 117.000 Dollar) behält sie lediglich den durchschnittlichen Facharbeiterlohn (2014: 40.000 Dollar). Den „Rest“ spendet sie für den Aufbau von Bewegungen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen (2014: 77.000 Dollar).

Sawant bezeichnet sich selbst als Sozialistin und ist Mitglied der Organisation „Socialist Alternative“, die der „International Socialist Alternative“ (ISA) angehört. Die ISA ist mit Gruppierungen in über 30 Ländern vertreten.

Aufgewachsen in Indien war Kshama immer die extreme Armut und soziale Ungleichheit bewusst, die um sie herum existierte. Nach ihrer Tätigkeit als Softwareentwicklerin ging sie in die USA, um Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Sie wollte die Ursachen für Unterdrückung und Armut besser verstehen lernen. Bei ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten war sie überrascht, dass auch im reichsten Land der Welt Ungleichheit und Armut herrschen.

Ihrer Habilitation schlossen sich Lehraufträge am Seattle Central Community College, der Seattle University und der University of Washington Tacoma an. 2006 wurde sie Mitglied bei „Socialist Alternative“ und organisierte zunächst Demonstrationen für die gleichgeschlechtliche Ehe. Sie beteiligte sich an der Bewegung zur Beendigung des Irak- und des Afghanistan-Kriegs und war in der „Occupy Wall Street“-Bewegung aktiv. Kshama ist auch in ihrer Gewerkschaft, der „American Federation of Teachers“ (Untergliederung „Local 1789“) aktiv, wo sie sich gegen Kürzungen und Studiengebühren engagiert.

Die Rechte der Lehrgewerkschaft in Jordanien wurden massiv eingeschränkt.



Petition gegen drohende Inhaftierung von jordanischen Bildungsgewerkschafter*innen gestartet – Kolleg*innen, unterschreibt!

Die Bildungsinternationale „Education International“ hat angesichts der sich verschärfenden Situation in Jordanien erneut eine „LabourStart“-Petition gestartet und bittet um Unterstützung. In der Petition wird gefordert, dass Lehrkräfte und Beschäftigte im Bildungswesen in Jordanien ihre Grundrechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Die jordanischen Behörden werden aufgefordert, die Schikanen gegenüber der JTA zu beenden. // **Barbara Sendlak-Brandt, GEW-Stadtverband Essen**

Am 31. Dezember hat das jordanische Amtsgericht in Amman entschieden, die jordanische Lehrervereinigung (JTA) aufzulösen und alle 13 Vorstandsmitglieder für ein Jahr zu inhaftieren. Die Vorstandsmitglieder wurden zunächst gegen Kautionsfreilassung und legten gegen die Gerichtsentscheidung Berufung ein. Die Bildungsinternationale setzt sich dafür ein, dass die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen im Einklang mit der Verfassung und internationalen Verträgen, denen Jordanien beigetreten ist, respektiert werden.

Jordanien hat die Büros der Bildungsgewerkschaft geschlossen, Mitglieder inhaftiert und ihre Arbeit für zwei Jahre verboten. Dagegen hat die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe in einem Brief an die Regierung Einspruch erhoben (vgl.: Pressemitteilung: GEW Internationales vom 15.1.2021 zur Lage in Jordanien).

Was brachte Jordaniens Stabilität ins Wanken?

Jordanien hat 10 Millionen Einwohner*innen, davon sind 2 Millionen als palästinensische Flüchtlinge registriert.

Seit dem Oslo-Abkommen von 1993 hält Amman an der Zweistaaten-Lösung mit Ostjerusalem als Hauptstadt fest. Israels Plan, Teile des Westjordanlandes zu annektieren, könnte Jordanien und die gesamte Region destabilisieren. Der jordanische König Abdullah II. wird von Regierung und Bevölkerung unter Druck gesetzt, den 1994 mit Israel geschlossenen Friedensvertrag aufzukündigen.

Jordanien war lange ein Stabilitätsanker in der Region. Der König handelte diplomatisch klug und öffnete das Land für soziale und politische Reformen. Hilfgelder aus den USA und der EU trugen dazu bei, dass Jordanien Zufluchtsort für Geflüchtete aus den Nachbarländern wurde und auch weiterhin bereit ist, diese zu beherbergen. Derzeit sind etwa 660.000 syrische Flüchtlinge in Jordanien registriert.

Die Flüchtlinge und die Bedrohung durch Kriege in unmittelbarer Nachbarschaft führten innenpolitisch zu einer zunehmenden Sicherheitsorientierung und einer Einschränkung und Rücknahme von Freiheitsrechten.

Was können Zivilgesellschaft und Politik tun, um die Demokratie in Jordanien zu stärken?

Die Bildungsinternationale, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und viele weitere zivilgesellschaftliche Organisationen sind in Jordanien aktiv. Die Kooperationen, die Gespräche mit Partner*innen im Parlament, in den Ministerien, in den Universitäten, mit NGOs müssen weitergehen.

Es stellt sich die Frage, ob die EU die Vergabe von Fördergeldern an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit binden sollte. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten könnte eine Chance sein, dass der Nahostfriedensprozess wieder in Gang kommt, dass die innenpolitische Lage sich wieder entspannt und Demokratisierungsprozesse wieder aufgenommen werden können.

(Quellen: Auswärtiges Amt, FES, GEW-Referat Internationales, Heinrich-Böll-Stiftung)



Ziemlich drastisch: Lehrkräfte in den USA fordern sichere Bedingungen bei der Rückkehr zum Präsenzunterricht.



„Wir können um Sicherheit bitten und betteln – oder sie durchsetzen!“, S. Gates, stellv. Vorsitzende der CTU



<https://www.ctulocal1.org/posts/right-to-safety/>

Aufruf der CTU in voller Länge

„Haltet zusammen:

Teilt dem Bürgermeister und der Schulverwaltung mit, dass wir nur dann in die Schulen zurückkehren, wenn die Sicherheit gewährleistet ist!“

In Chicago gibt es einen Konflikt zwischen den Lehrer*innen und der Bezirksschulverwaltung. Die Kolleg*innen ziehen den „illegalen Streik“ in Erwägung // Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV

Die Mitglieder der „Chicago Teachers Union“ (CTU) haben dafür gestimmt, sich erst dann wieder am Präsenzunterricht zu beteiligen, wenn „Sicherheit, Chancengleichheit und Vertrauen“ gewährleistet sind. Sie widersetzen sich damit einer Anordnung der Schulverwaltung, die erreichen wollte, dass die Lehrkräfte ab Montag, dem 25.01.2021 wieder in die Schulen zurückkehren und einen Teilzeitunterricht ab 1. Februar vorbereiten. Der Schulbezirk Chicago umfasst etwa 360.000 Schüler*innen und mehr als 30.000 Pädagog*innen. Betroffen ist auch Personal in Kindergärten. Die Behörde wertet die Weigerung der Beschäftigten als illegalen Streik.

Seit März 2020 fand wegen der Corona-Pandemie Distanzunterricht via Internet statt. Jetzt heißt es im Aufruf der Gewerkschaft CTU an ihre Mitglieder: „Die Schulbehörde versucht uns gegeneinander auszuspielen und immer mehr Kolleg*innen zur Rückkehr in die Schulen zu zwingen. Verhandeln will man nicht und die starken Bedenken unserer Mitglieder sind ihnen einerlei. Auch dass die überwältigende Mehrheit der Eltern gegen ihren Plan zur Wiedereröffnung ist, scheint sie nicht zu interessieren. [...] Lassen wir die Schulbehörde wissen, dass wir unsere Rechte wahrnehmen werden und dass wir Willens sind, betriebliche Aktionen durchzuführen, um uns selbst zu schützen und für sichere Arbeitsbedingungen zu sorgen [...]“.

Ist das Corona-Ansteckungsrisiko in Bildungseinrichtungen geringer als anderswo?

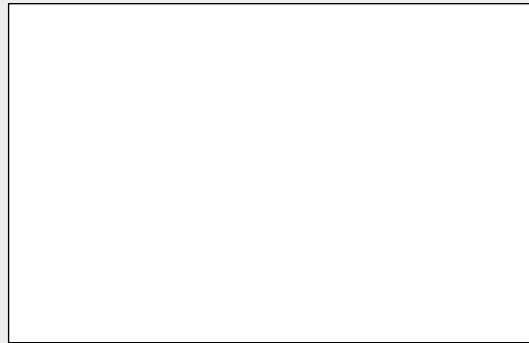
Zu dieser Frage lagen in Österreich bereits Ende Oktober 2020 erste Ergebnisse vor. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Vom 28. September bis zum 22. Oktober 2020 sind in Österreich an 243 Schulen insgesamt 10.464 zufällig ausgewählte Personen (Schüler*innen bis 14 Jahre und deren Lehrer*innen) bei einminütigem Gurgeln mit einer Mund-Rachen-Spülung getestet worden. Erste Ergebnisse zeigen, dass zwischen den Schulformen (Grundschule und Sekundarstufe I) kein „statistisch signifikanter Unterschied“ festzustellen ist. Demnach sind Kinder unter zehn Jahren genauso häufig infiziert wie Erwachsene, die sich außerhalb des Schulbetriebs aufhalten.

Prof. Michael Wagner, Mikrobiologe der Universität Wien und Leiter der Studie meint zu den Ergebnissen, „dass Kinder unter zehn Jahren wesentlich seltener infiziert seien, stimmt zumindest für Österreich ganz offensichtlich nicht, und es besteht auch keine Veranlassung, Kinder dieser Altersstufe beim Testen oder den Quarantäneregeln anders zu behandeln als Erwachsene. Unsere Daten zeigen interessanterweise auch keinen signifikanten Unterschied bezüglich des Anteils infizierter Personen zwischen Lehrern und Schülern“. („Der Standard“, 13.11.2020)

Was die österreichische „Schul-SARS-CoV-2-Monitoringstudie“ jedoch zeigt, ist, dass die Prävalenz (Rate der in einem bestimmten Zeitabschnitt Erkrankten) zwischen den Schulen mit „hoher/sehr hoher sozialer Benachteiligung“ und solchen mit „geringer/moderater sozialer Benachteiligung“ spürbar voneinander abweicht.

In Deutschland wurde Ende letzten Jahres eine ähnliche Studie in Auftrag gegeben – Ergebnisse erwartet man hierzulande jedoch erst für September 2021! Weitere Infos: <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/gs.html>



**EINLADUNG ZUR
MITGLIEDERVERSAMMLUNG (MV)
DER GEW KÖLN
AM MITTWOCH, DEN 14. APRIL 2021,
VON 17.30 UHR – 20.00 UHR**

Vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1: Austausch zur aktuellen Situation
- TOP 2: Wahlordnung der GEW Köln: Änderungsvorschläge
- TOP 3: Anträge an den NRW Gewerkschaftstag & Kölner Änderungsanträge
- TOP 4: Neuwahl des Wahlausschusses
- TOP 5: Neuwahl der Kassenprüfer*innen
- TOP 6: Verschiedenes

**Anträge an die MV müssen bis Mittwoch,
den 7. April, um 18.00 Uhr in der Geschäftsstelle
(kontakt@gew-koeln.de) eingegangen sein.**

Aufgrund des derzeitigen Infektionsgeschehens sehen wir es nicht als realistisch an, eine Präsenzveranstaltung durchzuführen. Daher haben wir uns dafür entschieden, die MV online mit dem datenschutzsicheren Videokonferenztool „BigBlueButton“ durchzuführen.

Wir bitten daher um Anmeldung bis zum 11. April 2021 an kontakt@gew-koeln.de oder per Telefon (0221-516267) mit Angabe eurer E-Mail-Adresse. Dann werdet ihr rechtzeitig vor der Veranstaltung die Zugangsdaten zur Videokonferenz erhalten.

Falls wider Erwarten dennoch Präsenzveranstaltungen in größerem Rahmen möglich sein sollten, werden wir zeitnah auf unserer Webseite (www.gew-koeln.de) sowie per Mitgliederemail informieren. Dort werden auch eine aktualisierte Tagesordnung sowie fristgemäß eingegangene Anträge veröffentlicht werden.

herzliche GEWERKSCHAFTLICHE GrüÙe
der Geschäftsführende Vorstand (GfV) der GEW Köln